

1933 blieben in Bayreuth die ausländischen Besucher aus, die Familie Wagner sah finanziell schweren Zeiten entgegen. Was tun? Sollte sie Hilfe von Hitler erbitten und sich damit den ideologischen und ästhetischen Vorgaben der Nationalsozialisten beugen? Oder weiter an ihrer künstlerischen Freiheit festhalten? Winifred Wagner wählte einen Mittelweg, den es in der Realität freilich nicht gab. Holger R. Stunz zeigt, wohin er führte und wie die Festspiele nach 1933 ihren Charakter änderten.

Holger R. Stunz

Hitler und die „Gleichschaltung“ der Bayreuther Festspiele

Ausnahmestand, Umdeutung und sozialer Wandel
einer Kulturinstitution 1933–1934

I. Verwaltungsakten als Chance:

Eine neue Perspektive auf die Geschichte der Bayreuther Festspiele

Hitler kam an die Macht, und die Festspiele drohten auszufallen. In dieser scheinbar widersprüchlichen Situation befanden sich die Richard-Wagner-Festspiele im Frühjahr 1933 – und dies, obwohl die Familie Wagner die nationalsozialistische Bewegung früh unterstützt hatte und Richard Wagners Musikdramen von den neuen Machthabern ideologisch früh vereinnahmt wurden. Das gesicherte Wissen über die Bayreuther Festspiele in der Zeit von 1933 bis 1945 steht in keinem Verhältnis zur großen Aufmerksamkeit von Medien und breiter Öffentlichkeit, die den Festspielen seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland und aus aller Welt zuteil wird. Die Erforschung der Festspiele als Kulturinstitution – exponiert und repräsentativ zugleich – ist noch nicht weit gediehen¹. Dies ist, zumindest für die Zeit des Nationalsozialismus, vor allem der spärlichen Quellenlage

¹ Noch immer den verlässlichsten Überblick gibt Michael Karbaum, Studien zur Geschichte der Bayreuther Festspiele (1876–1976), Teil I: Textteil und Teil II: Dokumente und Anmerkungen, Regensburg 1976. Auf schmaler Quellenbasis argumentieren Frederic Spotts, Bayreuth: eine Geschichte der Wagner-Festspiele, München 1994; Joachim Köhler, Wagners Hitler, der Prophet und sein Vollstrecker, München 1997; Berndt W. Wessling (Hrsg.), Bayreuth im Dritten Reich. Richard Wagners politische Erben: Eine Dokumentation, Weinheim/Basel 1983; Friedelind Wagner, Nacht über Bayreuth. Geschichte der Enkelin Richard Wagners, Köln 2002. Grundlegende Positionen zur Wagner-Rezeption finden sich versammelt in: Saul Friedländer/Jörn Rüsen (Hrsg.), Richard Wagner im Dritten Reich. Ein Schloss-Elmau-Symposium, München 2000. – Für Diskussion, Rat und Hilfe bedanke ich mich herzlich bei Dr. Sven Friedrich (Bayreuth), Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Koblenz), Prof. Dr. Michael Karbaum (München), Dr. Tilmann Lahme (Göttingen), Prof. Dr. Michael Matheus (Rom/Mainz), Insa Möhle (Wiesbaden), Dr. Thomas Schlemmer (München), Prof. Dieter Schenk (Łodz), Prof. Dr. Michael Steinberg (Providence, RI) und Prof. Dr. Hans Rudolf Vaegt (Northampton, Mass.).

geschuldet, denn die Überlieferung des Reichsministeriums für Propaganda und Volksaufklärung und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ist nur bruchstückhaft erhalten und reicht nicht, um weitreichende Schlussfolgerungen über die Beziehungen zwischen Festspielen und staatlichen Stellen ziehen zu können. Auch die kommunale Überlieferung ist mehr als lückenhaft². Einen gewissen Ersatz bieten die Betriebsakten der Festspiele, die im Nationalarchiv der Richard-Wagner-Stiftung im Siegfried-Wagner-Haus neben der Villa „Wahnfried“ aufbewahrt werden und hier erstmals zur statistischen Untersuchung der Besucherstruktur für das Jahr 1933 ausgewertet wurden³.

Die Historikerin Brigitte Hamann stand bei ihrer grundlegenden biographischen Studie *Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth* vor dem gleichen Quellenproblem. Ihr gelang es jedoch, dutzende Briefwechsel, die jeweilige Gegenüberlieferung zu Winifred Wagners Korrespondenz, aufzuspüren⁴. Ihre Studie ist – nicht zuletzt aufgrund des Materialreichtums – unverzichtbar für die Forschung. Die weitgehende Beschränkung auf Briefquellen führt allerdings zu einer Verengung der Perspektive; Fragen, die sich auf die Finanzierung, das Verhältnis von den Ländern zum Reich und auf die Begründung staatlichen Handelns im Epochenjahr 1933 beziehen, lassen sich anhand solcher Dokumente nicht beantworten.

Zur Klärung dieser Fragen werden vorwiegend Quellen herangezogen, die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München erhalten sind: die Überlieferung der Staatskanzlei, des ehemaligen bayerischen Außenministeriums und vor allem die des Kultusministeriums⁵. Diese Akten geben über die Festspielgeschichte der Jahre 1884 bis 1934 und punktuell darüber hinaus Aufschluss⁶. Diese der Forschung bislang unbekanntem Dokumente beleuchten einerseits die bayerische Sicht auf die Bayreuther Festspiele, denn München war aufgrund der Kulturhoheit der Länder der primäre staatliche Ansprechpartner für die Festspielleitung⁷. Andererseits erlauben sie die Beantwortung der Frage, was die Festspiele im Jahr der „Machtergreifung“ von denen der Vorjahre unterschied.

² Bislang befinden sich keine kommunalen Verwaltungsakten über die Festspiele im Stadtarchiv Bayreuth.

³ Nationalarchiv der Richard-Wagner-Stiftung (künftig: RWA), AFS, Archiv der Festspiele. Bei diesem Material handelt es sich um die Verkaufs- und Kassenbücher sowie um das Kontenbuch der Festspielverwaltung.

⁴ Vgl. Brigitte Hamann, *Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth*, München/Zürich 2002, hier S. 641.

⁵ Zu letzterem vgl. Werner Oberholzner (Red.), *Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst*, München 1997, sowie Winfried Müller, *Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht*, München 1995.

⁶ Bei den Akten handelt es sich weitgehend um Höflichkeitskorrespondenz wie Gratulationen zu Jubiläen oder dem Verleihen von Orden an Festspielmitarbeiter, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), MK, 50449.

⁷ Zur Einordnung vgl. das Standardwerk von Martin Broszat u. a. (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde, München 1977–1983.

Als Rahmen der zu schildernden Zusammenhänge fungiert die nationalsozialistische Metapher der „Gleichschaltung“⁸. Sie bezeichnet den Prozess der Übernahme gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen und Organisationen und ihre ideologische Durchdringung durch den Nationalsozialismus. Beginnend mit der Einschränkung der Befugnisse der Länder und der Ausrichtung an den Interessen der neuen Reichsregierung wurde der Begriff auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Organisationen angewandt – auch auf kulturelle Einrichtungen. Anhand des Bayreuther Beispiels soll der Charakter dieser Neuausrichtung bestimmt werden, die als dialektischer Prozess aufgefasst werden soll, da der Gleichschaltung von oben Initiativen der Machtübergabe und „Selbstgleichschaltung“ von unten Auftrieb gaben. Wie adäquat das Bild der „Gleichschaltung“ die Vorgänge der Jahre 1933/34 im Bereich der Kulturpolitik beschreibt und wie der Prozess der „Gleichschaltung“ an einem exponierten Beispiel des Kultursektors aussah, soll im Folgenden untersucht werden.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist zunächst das Beziehungsgeflecht zwischen den Richard-Wagner-Festspielen und staatlichen Stellen, wie es sich in den Jahrzehnten vor dem Nationalsozialismus entwickelt hatte. Lässt sich 1933 ein Bruch in der Verwaltungstradition erkennen, der auf die Etablierung des NS-Regimes zurückzuführen ist⁹? Wie positionierte sich der bayerische Staat gegenüber der Familie Wagner und den Berliner Behörden? Verfolgten Reich und Bayern letztlich unterschiedliche Ziele? Welche Rolle spielten parteiinterne Auseinandersetzungen um eine nationalsozialistische Kulturpolitik? Welche Bedeutung hatte Hitler in seiner Eigenschaft als Reichskanzler für den sozialen Rahmen der Festspiele und wie beeinflusste er das Festspielunternehmen?

Abschließend folgt noch ein Blick auf die Bühnenästhetik und auf Spielräume für Modernisierung in der NS-Diktatur¹⁰. Wie veränderte sich der Sinn der Festspiele, welche spezifischen Modernisierungschancen bot die Diktatur? Wie wurden die Festspiele, wie Thomas Mann es einmal zuspitzte, zu „Hitlers Hoftheater“¹¹?

⁸ Die meisten Untersuchungen zum Gleichschaltungsprozess widmen sich einzelnen Behörden, Schulen und Verbänden. Vgl. zuletzt Michael Arnemann, *Kirche und Polizei. Zwischen Gleichschaltung und Selbstbehauptung*, Münster 2005; Christian Ritzl, *Behörden und pädagogische Verbände im Nationalsozialismus. Zwischen Anpassung, Gleichschaltung und Auflösung*, Bad Heilbrunn 2004. Für den Kultursektor vgl. Maria Wüllenkemper, *Kunst ist nun mal Gestaltung unserer Zeit: Richard Riemerschmid und die Gleichschaltung des Deutschen Werkbundes*, Regensburg 2002, sowie Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse: Gleichschaltung, Selbstanpassung und Renitenz in Bayern*, Stuttgart 1980.

⁹ Vgl. hierzu Peter Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner Staatsverwaltung*, München 1969, sowie Jochen Klener, *Verhältnis von Partei und Staat 1933–1945. Dargestellt am Beispiel Bayerns*, München 1974.

¹⁰ Vgl. z. B. Michael H. Kater, *Die mißbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich*, München/Zürich 2000, bes. S. 68–81; Michael Walter, *Hitler in der Oper: Deutsches Musikleben 1933–1945*, Stuttgart 1995; Fred K. Prieberg, *Musik im NS-Staat*, Frankfurt a. M. 1982.

¹¹ Thomas Mann, *Im Schatten Wagners. Thomas Mann über Richard Wagner. Texte und Zeugnisse 1895–1955*, ausgewählt und kommentiert von Hans Rudolf Vaegt, Frankfurt a. M. 2005, S. 211.

II. Die Vorgeschichte: Bayern und das Festspielunternehmen bis 1933

Das Bayreuther Festspielunternehmen befand sich nach dem Ersten Weltkrieg in einer Krise, die verschiedene Gründe hatte:

1. Das Auslaufen der 30-jährigen Urheberrechtsfrist auf die Bühnenwerke Richard Wagners im Jahr 1913 führte für die Familie zu einem empfindlichen Verlust der bisher munter sprudelnden Tantiemeneinnahmen¹². Durch den Kriegsausbruch verzögerten sich jedoch die Konsequenzen dieses Einschnitts bis in die Zeit der Weimarer Republik. Diese Verlustererfahrung bildete, so meine These, auch die Grundlage für die – auch weltanschauliche – Anfälligkeit der Familie Wagner und den Bedarf nach Kapital von außen.
2. Der Kriegsausbruch 1914 löste bei den laufenden Festspielen eine Abreisewelle aus. Ihr Abbruch am 1. August hatte zur Folge, dass die Wagners 360.000 Mark für verkaufte Karten rückerstatten mussten¹³. Ausgerechnet der von Siegfried Wagner herbeigesehnte Weltkrieg¹⁴ bedeutete eine finanzielle Belastung, die den Festspielfonds auszehren sollte.
3. Durch die Verschlechterung der materiellen Lage geriet die Familie Wagner in die Position des Bittstellers. Bis zum Ersten Weltkrieg hatten sich die Festspiele als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen behaupten können, nun führte insbesondere die Inflation der Nachkriegsjahre zum Ruin der familiären Ressourcen¹⁵.

Es dauerte bis 1924, ehe die Festspiele wieder eröffnet werden konnten. Zuvor sondierte die Familie Wagner erstmals, ob nicht staatliche Stellen dem privaten Festspielunternehmen helfen könnten. Zunächst war an eine staatliche Beteiligung an der neu zu gründenden „Deutschen Festspielstiftung Bayreuth“ gedacht worden, die in Anlehnung an Richard Wagners Patronatssystem von privater Seite dem Kultusministerium im Jahr 1921 zur Genehmigung vorgelegt wurde¹⁶. Unter Berufung auf „vaterländische und gemeinnützige Zwecke“ gab das Ministerium

¹² Vgl. den Überblick zum Tantiemenstreit bei Bernd Buchner, Tradition und Erneuerung. Siegfried Wagner als Bayreuther Festspielleiter 1908 bis 1930, in: Archiv für Geschichte von Oberfranken 85 (2005), S. 305–324, hier S. 310 f.

¹³ Vgl. ebenda.

¹⁴ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 26 f.

¹⁵ Laut Karbaum, Studien, Teil I, S. 65, standen der Familie noch im Jahr 1919 eine Dreiviertel-million Reichsmark zur Verfügung. Hamann, Winifred Wagner, S. 27, betont hingegen, dass der Fond für neue Festspiele nach dem Jahr 1914 von vornherein erschöpft gewesen sei.

¹⁶ BayHStA, MK, 50449, Richard Linnemann an das Kultusministerium vom 16. 7. 1921. Am 7. 10. 1921 forderten auch das Regierungspräsidium von Oberfranken und der Bürgermeister von Bayreuth, die Stiftung zu genehmigen. Bereits am 7. 7. war ein Stiftungsrat berufen worden, der aus privaten Gönnern wie dem Geheimrat Celius aus Baden-Baden, der Dessauerin Tusnelda Führer und dem Leipziger Werbeorganisator Linnemann bestand. Eine Liste aller Patrone befindet sich in der Akte. Das Innenministerium wurde über die erste Verwaltungsrats-sitzung der Stiftung vom 9. 9. 1921 informiert; zu diesem Zeitpunkt waren 14.000 Mark eingegan-gen, 5.000 Patrone hatten gezeichnet und forderten im Jahr 1924 vergünstigte Festspielkar-ten. Vgl. hierzu Karbaum, Studien, Teil I, S. 61 u. S. 65 f.; Hamann, Winifred Wagner, S. 66–69, sowie jüngst Buchner, Tradition und Erneuerung, S. 317.

im Juli 1922 dem Stiftungsantrag nach einigen Änderungen statt und schuf somit die Rechtsgrundlage für den Aufbau eines Kapitalstocks zur Finanzierung der Festspiele¹⁷. Das Stiftungskapital wurde durch die Inflation jedoch rasch wieder aufgezehrt. Die Richard-Wagner-Vereine versuchten, die schwierige Lage der Familie auszunutzen und ihre eigenen ästhetischen Vorstellungen an eine stärkere finanzielle Förderung zu koppeln¹⁸.

Letztlich machten drastische Sparanstrengungen zulasten der Bühnenästhetik die Wiedereröffnung der Festspiele im Juli 1924 möglich. Mitte der zwanziger Jahre verschlechterte sich die ökonomische Lage der Familie weiter; 1924 griff sie erstmals in Form von „Ehrentantiemen“ auf die Betriebsmittel der Festspiele zurück, während Familien- und Festspielvermögen bis dahin strikt getrennt gewesen waren¹⁹. Häufig ist in der Familie Wagner zugetanen Kreisen die Rede vom „Opferwillen Wahnfrieds“; die zugrundeliegende Annahme, die Familie habe ihr gesamtes Vermögen durch den Krieg verloren, hat bereits Michael Karbaum als Selbstmystifizierung entlarvt²⁰ – ein Mythos, der sich jedoch hartnäckig halten sollte.

1927 stellte Siegfried Wagner erstmals dem Kultusminister und den mit den Festspielen befassten Beamten Freikarten zur Verfügung, von denen diese jedoch keinen Gebrauch machten, um ihre Distanz zu demonstrieren²¹. Während sich das Festspielunternehmen seit der Gründung im Jahr 1876 in Finanzfragen bedeckt gehalten hatte, offenbarte Siegfried Wagner dem Kultusministerium Ende des Jahres 1927 die finanzielle Situation der Festspiele und sandte die defizitären Bilanzen ein²². Dies geschah nicht vorrangig in der Hoffnung auf einen Zuschuss, sondern mit der Bitte, auch der bayerische Staat möge sich dem Verzicht der Stadt Bayreuth anschließen, Vergnügungssteuern zu erheben. Begründet wurde dies mit den kulturell hoch stehenden Leistungen der Festspiele, aber auch mit der desolaten Finanzlage des Theaterunternehmens. Das Kultusministerium attestierte den Festspielen im Jahr 1928 offenbar ohne jegliche politische Einflussnahme Gemeinnützigkeit und rückte somit von seiner alten Position ab, dass die Festspiele genauso wie alle anderen privaten Theaterbetriebe zu behandeln seien²³.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse von „Haus Wahnfried“ erweckten damals in der Öffentlichkeit einen derart desolaten Eindruck, dass die Richard-Wagner-Vereine Reichspräsident Paul von Hindenburg im August 1926 baten, Cosima Wag-

¹⁷ Entwurf vom 12. 7. 1922 und Urkunde vom 28. 7. 1922. Am 6. 2. 1931 wurde die Stiftung durch das Ministerium aufgehoben, in: BayHStA, MK, 50449.

¹⁸ Vgl. Karbaum, Studien, Teil I, S. 61, sowie Winfried Schüler, Der Bayreuther Kreis von seiner Entstehung bis zum Ausgang der Wilhelminischen Ära. Wagnerkult und Kulturreform im Geiste völkischer Weltanschauung, Münster 1971.

¹⁹ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 94, S. 127 u. S. 133.

²⁰ Laut Daniela Thode entfielen allein für die Erben Siegfried Wagners Zinseinnahmen in fünfstelliger Höhe, zit. nach Karbaum, Studien, Teil I, S. 71.

²¹ Schreiben an Siegfried Wagner vom 6. 8. 1927 u. 12. 7. 1928, in: BayHStA, MK, 50449.

²² Die Abrechnung in: Ebenda. Sie weist Gesamtkosten von 772.400 RM bei einem Verlust von 85.000 RM aus.

²³ BayHStA, MK, 50449, Bescheid vom 6. 8. 1928. Auch für das Jahr 1927 wurden den Wagners erhebliche Steuerschulden erlassen, in: Ebenda.

ner einen „Ehrensold“ zu gewähren, wie er auch Elisabeth Förster-Nietzsche zugesprochen worden war²⁴. Bayerische Stellen, welche die materiellen Verhältnisse der Familie prüften, konnten jedoch anhand von Akten der Finanzverwaltung belegen, dass den Wagners jährlich 15.000 RM aus freiwilligen Abgaben zur Verfügung standen, welche deutschsprachige Theater an die Familie für die Inszenierung von Wagner-Opern abführten²⁵. „Weil Hilfe aus dem Ausland, wie sie sich abzeichnet, unerwünscht ist“, gewährte Hindenburg der 90-jährigen Cosima, die ein Jahr später sterben sollte, einen Ehrensold von monatlich 200 Mark. 1929 kam die Familie außerdem in den Genuss von Privatspenden über 100.000 RM aus Anlass von Siegfried Wagners 60. Geburtstag, wodurch die neue *Tannhäuser*-Inszenierung ermöglicht wurde²⁶.

In den Jahren 1930 und 1931 warfen die Festspiele – 1932 war eines der regulären Pausenjahre – aufgrund des enormen Interesses aus dem Ausland und der soliden Binnennachfrage erhebliche Gewinne ab. Es bestand also kein Anlass für die junge Festspielleiterin Winifred Wagner, die Siegfrieds Nachfolge angetreten hatte, sich als Bittstellerin an das Kultusministerium zu wenden. Die Familie Wagner schob ihren finanziellen Niedergang auf die Republik, die Inflation und Wirtschaftskrise zu verantworten habe. Sie sah sich ihres einstigen sozialen und symbolischen Status beraubt. Dabei hatte bereits der generelle Verlust der finanziellen Sicherheit seit dem Tantiemenausfall 1913 maßgeblich dazu beigetragen, dass die Festspiele in finanzielle Nöte gerieten und sich dem nationalsozialistischen Regime andienten. Bereits während der Zeit der Weimarer Republik hatte die Familie jedoch den Kontakt mit staatlichen Behörden gesucht und um Unterstützung gebeten.

III. Euphorie und Ernüchterung: Rückläufige Kartennachfrage aus dem Ausland und dem Reich als Reaktion auf die „Machtübernahme“

Schon seit 1923 hatten die Wagners, die sich in der Rolle der Außenseiter der Republik gefielen und ihre Ablehnung der Weimarer Republik kultivierten²⁷, Adolf Hitler und seine Partei gefördert²⁸. Hitler selbst hatte sich bereits in seinen Wiener Tagen als glühender Wagner-Anhänger zu erkennen gegeben und nie einen Hehl daraus gemacht, dass er Wagners suggestives Musiktheater auch auf

²⁴ BayHStA, MA, 100222, Hindenburg an Innenministerium vom 29. 9. 1929.

²⁵ Für den *Parsifal* führten deutsche Theater freiwillig „Ehrentantiemen“ in Höhe von 1–2 % ab, was sich seit 1913 bis zu 30.000 RM addierte, in: Ebenda.

²⁶ BayHStA, MA, 100222 (Zitat). Vgl. Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XII-1 bis 7b; hier auch zur Rolle von Max Wiskott.

²⁷ Hier ist die Einschätzung Buchners, Tradition und Wandel, S. 317, anzuzweifeln, „zur Weimarer Republik hatten die Festspiele ein eigentümliches Nicht-Verhältnis“. Dies mag für das Verhältnis der Republik zu den Festspielen gegolten haben, aus der Verachtung der Republik machte „Bayreuth“ jedoch nie einen Hehl.

²⁸ Vgl. ausführlich Hamann, Winifred Wagner, S. 73–100; Karbaum, Studien, Teil I, S. 67 f., und Teil II, Dok. XI-5 und 6, sowie Buchner, Tradition und Erneuerung, S. 317–320.

sein eigenes Leben bezog²⁹: Die Nürnberger Parteitage wurden beispielsweise mit der Ouvertüre der Volkstribunenoper *Rienzi* eröffnet. Winifred Wagner gehörte schon früh zu Hitlers begeisterten Anhängern. Noch zum Jahreswechsel 1932/33 hatte Hitler an Winifred Wagner geschrieben, die Zeit werde kommen, da er seine „dankbare Anhänglichkeit nicht mit Worten, sondern mit Taten beweisen“ werde. Vielleicht erlaube ihm das Schicksal, zum Gelingen des Festspielwerks „doch noch etwas beitragen zu können“³⁰. Wie ein Tagebucheintrag von Joseph Goebbels aus dem Mai 1932 zeigt, konnte es die nationalsozialistische Führung kaum erwarten, die Festspiele als kulturelles Forum für den neuen Staat zu nutzen³¹. Die Erwartungen auf beiden Seiten waren hoch, allerdings auch wenig konkret. Die nationalistische Publizistik überschlug sich jedenfalls in Lobreden auf die kommenden Festspiele³².

Am 13. Februar 1933, dem 50. Todestag Richard Wagners, wohnten der neue Reichskanzler Adolf Hitler und Winifred Wagner dem Festakt im Leipziger Gewandhaus bei³³. Am selben Tag fand in Bayreuth eine Totenehrung statt: Schulkinder erwiesen Richard Wagner am Grab die Reverenz, die städtischen Honoratioren legten Kränze nieder, mehrere Mitglieder des Hauses Wagner wurden zu Ehrenbürgern ernannt³⁴. Nachdem die NSDAP als Siegerin aus den Reichstagswahlen vom 5. März hervorgegangen war, traf die Festspielleiterin wiederholt mit Hitler in Berlin zusammen.

Insbesondere die Aufführung von *Meistersinger von Nürnberg* unter Wilhelm Furtwängler mit dem Bayreuther Festspielchor am „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 unterstrich die Nähe von Regime und Wagner. Als „Schlussstein des politischen Gesamtkunstwerks“³⁵ verband dieser Akt der Traditionsversicherung die Choreographie von Totengedenken, Staatsakt, Gottesdienst und Opernweihespiel, in dem das Volk der Festwiese Nürnbergs als Ideal einer Volksgemeinschaft inszeniert wurde. Winifred Wagner zeigte sich vom Pathos der Potsdamer Veranstaltung

²⁹ Vgl. Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München 1998.

³⁰ Brief vom 8. 1. 1933 an Winifred Wagner, den sie im Herbst 1945 für den CIC kopierte, zit. nach Hamann, *Winifred Wagner*, S. 230.

³¹ „Im nächsten Jahr gibt es Meistersinger. Hoffentlich sind wir dann die Herren von Deutschland.“ In: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 2/II: Juni 1931–September 1932, bearb. von Angela Hermann, München 2004, S. 273, Eintragungen vom 2. u. 4. 5. 1932.

³² Vgl. Benedikt Lochmüller, *Mächtige Macht. An Richard Wagner auf der Schwelle zum Dritten Reich*, in: *Deutsches Wesen. Nationalsozialistische Monatsschrift in Bildern* (1933), H. 6, S. 2; Paul von Bülow, *Hitler und der Bayreuther Kulturkreis*, in: *Aus Deutschlands Werden*, H. 9, Leipzig/Hamburg 1933, S. 9 f.

³³ Vgl. Grit Hartmann, *Richard Wagner gepfändet: Ein Leipziger Denkmal in Dokumenten 1931–1955*, Leipzig 2003, S. 55 f. u. S. 76.

³⁴ Zu den Bayreuther Feierlichkeiten, die auch in der Presse als „Friedensschluss“ mit der Familie interpretiert wurden, vgl. ausführlich Hamann, *Winifred Wagner* S. 232.

³⁵ Vgl. zur Einpassung Wagners in die Choreographie dieses Tages: Hans Rudolf Vaegt, *Wagner-Kult und nationalsozialistische Herrschaft. Hitler, Wagner, Thomas Mann und die „nationale Erhebung“*, in: *Friedländer/Rüsen (Hrsg.), Richard Wagner im Dritten Reich*, S. 264–281, hier S. 269.

überwältigt. Für die Festspiele, die am 21. Juli eröffnet werden sollten, gab es zu diesem Zeitpunkt in der Wahrnehmung der Wagners anscheinend keine Probleme, der negative Verkaufstrend drang wohl erst allmählich in ihr Bewusstsein³⁶.

Die Wagners machten die nachlassende Kartennachfrage aus dem Ausland für die Verschlechterung der Finanzlage des Unternehmens verantwortlich. Die Auswertung der im Wagner-Archiv erhaltenen Verkaufsbücher belegen tatsächlich³⁷, dass sich die Nachfrage, die im Januar und Februar noch hoch gewesen war, im März nahezu halbierte und im April und Mai weiter dramatisch zurückging, um sich erst im Juli wieder zu erholen.

Kartenbestellungen und deren Erlöse 1932/33

Länder	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Ges.
ČSR	8	20	26	29	15	4	4	7	20	46	179
Frankreich	7	14	25	30	16	10	7	11	18	10	148
Schweiz	4	15	17	22	16	7	6	11	14	15	127
Großbritannien	4	8	16	18	17	8	11	16	6	5	109
Italien	0	5	14	18	14	8	6	5	11	8	89
Österreich	6	10	11	10	5	5	4	8	7	5	71
Polen	4	2	14	13	9	1	7	5	8	6	68
USA	0	7	4	11	2	1	1	1	18	12	57
Niederlande	1	4	9	6	2	1	3	4	7	4	41
Skandinavien	2	1	2	2	0	0	0	1	5	1	14
Belgien	1	1	1	2	2	0	1	0	2	0	10
Spanien	0	0	2	1	0	0	1	1	1	1	7
Rumänien	0	0	2	1	0	1	0	0	1	0	5
Ungarn	0	0	1	0	1	1	0	0	1	0	4
Bestellungen											
Ausländer	37	87	144	163	99	47	51	70	119	113	930
Insgesamt	315	527	614	870	677	502	523	551	1502	1183	7264
A.-Quote %	11,7	16,5	23,4	18,7	14,6	9,4	9,7	12,7	8,0	9,5	12,8

³⁶ Stadtarchiv Bayreuth, Br., 77, Winifred Wagner an Richard Strauss vom 29. 3. 1933.

³⁷ Die Verkaufszahlen der vier Verkaufsbücher wurden für diese Übersicht zusammengefasst. Es handelt sich um das Buch A1 1932/33 (RWA, AFS, 160), das Vorbestellungen und Verkäufe an Privatpersonen bis Februar 1933 umfasst, das zeitlich dran anschließende Verkaufsbuch A2 (RWA, AFS, 161) sowie das Buch A3, das seit dem Eröffnungstag der Festspiele gleichzeitig Kaszenbuch für die laufenden Verkäufe vor Ort war (RWA, AFS, 165). Parallel dazu führten die Festspiele ein Bestellbuch für Firmenkunden und Großbesteller, deren Bestellungen im Verkaufsbuch B (RWA, AFS, 162) überliefert sind. Die dortigen Posten wurden mit den Privatbestellungen zusammengerechnet, was sich dadurch rechtfertigen lässt, dass selbst Großkunden wie Thomas Cook und Wagons Lits keine Kontingente abnahmen, sondern tagtäglich aus den Dependancen die bereits vorliegenden Kundenbestellungen vermittelten.

	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Ges.
Einnahmen											
Erlös TRM	71	90	97	110	86	44	43	40	78	46	705
Ø-Wert à Kauf	225	171	158	126	127	88	82	73	52	39	-
Kartenanz. Ø	8	6,25	5,75	4,5	4,5	3,25	3	2,75	2	1,5	-
Kartenanzahl	2500	3300	3500	3900	3000	1600	1500	1500	3000	1700	25500

Der Anteil der Bestellungen aus dem Ausland – der nicht mit absoluten Besucherzahlen gleichzusetzen ist³⁸ – sank von einem Viertel auf ein Zehntel ab, erholte sich im Juni und stieg erst in den Festspielmonaten wieder an³⁹, da viele Touristen ihre Karten direkt am Festspielhaus erwarben. Vergleicht man die Verkaufszahlen des Jahres 1933 mit denen des Erfolgjahres 1931, so fällt besonders der dramatische Einbruch der Nachfrage aus den USA ins Auge⁴⁰. Betrachtet man jedoch die gesamte Saison, erreichten die Festspiele mit über 3.000 ausländischen Besuchern annähernd den Wert des Jahres 1931, denn der Einbruch im Frühjahr wurde durch die guten Kassenverkäufe im Sommer wieder wettgemacht⁴¹.

Gravierender als das zeitweilige Absinken des Auslandsinteresses wirkte sich das Ausbleiben der Bestellungen aus dem Reich selbst aus, denn die Frühjahrsmonate waren üblicherweise die Verkaufssaison mit hoher Einzelnachfrage. Im Juli und August wurden oft kurz vor den Vorstellungen noch größere Kartenkontingente an Bayreuther und Nürnberger Bürger verkauft, zum Teil mit Preisnachlässen. Unter den Anfragen aus deutschen Städten ragten Berlin, Leipzig, Dresden, Hamburg, Köln, Wiesbaden und Baden-Baden hervor, während beispiels-

³⁸ Das jeweilige finanzielle Volumen der Auslandsbestellungen wich nicht signifikant von demjenigen der Bestellungen aus dem Reich ab.

³⁹ Die besonders starke Stellung der Tschechoslowakei war nicht nur auf das Interesse des Prager, Pilsener und Brünner Publikums zurückzuführen, sondern speiste sich mehrheitlich aus Bestellungen aus dem sudetendeutschen Bereich, insbesondere Eger, Asch, Aussig, Karlsbad, Marienbad und Franzensbad.

⁴⁰ BayHStA, Staatskanzlei (StK), 7501, undatierte Übersicht. 1931 gab es laut städtischem Fremdenverkehrsamt 3.500 ausländische Besucher, die in Bayreuth übernachteten: USA (845), Tschechoslowakei (475), Großbritannien (411), Österreich (337), Frankreich (303), Schweiz (246), Niederlande (161), Italien (159), Ungarn (92), Dänemark (85), Südamerika (75), Schweden (67), Belgien (35), Polen (29), Jugoslawien (21), Afrika (19), Norwegen (16), Rumänien (15), Griechenland (7), Russland (4), Spanien (3), Japan (3). Die Zahl der ausländischen Gesamtbesucher dürfte höher gelegen haben als die der Übernachtungen in Bayreuth (Hotels in den böhmischen Bädern oder Nürnberg). Das BayHStA, MK, 50450, verzeichnet für das Jahr 1938 eine Ausländerzahl von rund 1.500, darunter 290 Amerikaner, 260 Tschechen, 160 Franzosen, 140 Engländer sowie 100 Schweizer. Für den gesamten Zeitraum von 1924–1944 gibt Wolfgang Wagner den Anteil der ausländischen Festspielbesucher mit 9,8 % an, was glaubhaft erscheint (BayHStA, MK, 50452, Brief Wolfgang Wagners vom 20. 11. 1951). Die Angaben des Bayerischen Staatssekretärs für die Schönen Künste, Dieter Sattler, bis zu 16 % seien während der NS-Zeit Ausländer gewesen, ist weniger wahrscheinlich (BayHStA, MK, 50451, Aktennotiz vom 24. 7. 1948).

⁴¹ Hinter einer Bestellung verbergen sich zumeist Orders für mehrere Personen wie Ehepartner und Kinder. Gerade Ausländer hielten sich auch für mehrere Vorführungen in Bayreuth auf, beispielsweise für den *Ring*-Zyklus.

weise aus München die Nachfrage weniger stark war. Insgesamt konnte Winifred Wagner aus dem Vorverkauf des Jahres 1933 über 700.000 RM einnehmen. Dazu erhielt sie aus staatlichen Quellen – wie zu zeigen sein wird – mindestens weitere 250.000 RM. Im Umfeld der Festspiele hieß es Anfang Juli, von den rund 40.000 Festspielkarten (21 Aufführungen bei 1.900 Plätzen) seien mehr als 12.000 nicht verkauft⁴². Für dieses Restkontingent erhoffte sich Winifred Wagner eine Lösung unter Wahrung ihrer Interessen.

In den Hilferufen, die die Festspielleitung seit April 1933 an die bayerische Regierung richtete, wurde „das Ausland“ bezichtigt, mit Bayreuth gleichzeitig das Deutsche Reich zu boykottieren⁴³. Das schwache Interesse wurde als politischer Affront, nicht als konsequente Folge des Regimewechsels und der daraus folgenden Unwägbarkeiten im Tourismus gewertet. Deziert gegen die neue deutsche Regierung oder gegen ein nationalsozialistisches Bayreuth gerichtete Begründungen gab es sicherlich auch – eine genaue Differenzierung ist aufgrund der Quellenlage jedoch nicht möglich. Neben Amerikanern, Briten, Schweizern und Franzosen blieben zahlreiche Österreicher den Festspielen fern, weil das Deutsche Reich die Kosten für ein Visum auf 1.000 RM festsetzte, um Druck auf Kanzler Engelbert Dollfuß auszuüben⁴⁴.

Wie diesem Rückgang zu begegnen sei, wollte die Festspielleiterin am 1. April 1933 anlässlich eines Festessens mit Adolf Hitler besprechen, zu dem sie von ihrer 15-jährigen Tochter Friedelind nach Berlin begleitet wurde, die dieses Treffen in ihrem Buch *Heritage of Fire* in kräftigen Farben geschildert hat⁴⁵. Ein für die Festspiele ermutigendes Ergebnis blieb jedoch aus. Am selben Abend begann in Berlin der groß angelegte Boykott jüdischer Geschäfte. In New York fanden sich daraufhin jüdische Künstler zusammen, um eine Solidaritätsadresse für deutsche Juden aufzugeben. Der italienische Dirigent Arturo Toscanini führte die Liste der Unterzeichner an; er galt als der gefeierte Star der Bayreuther Festspiele 1930 und 1931⁴⁶. Er wurde nun im Deutschen Reich zur persona non grata

⁴² BayHStA, StK, 7501, Protokoll einer Besprechung vom 3. 7. 1933, sowie RWA, NA IV A 28, Liselotte Schmidt an ihre Eltern vom 16. 6. 1933, auch abgedruckt bei Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII. Dieser Wert bestätigt die Berechnung in der Übersicht, die einen Verkauf von 25.500 Karten ergibt. Rechnet man noch Frei- und Steuerkarten ein und nimmt an, dass die Festspiele nicht zu 100 % besetzt waren, so scheinen beide Angaben realistisch zu sein. Über die Auslastungszahlen der Vorjahre liegen keine verlässlichen Daten vor, jedoch ist von einer Quote von um 90 % auszugehen.

⁴³ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 290 f.

⁴⁴ Diese Maßnahme gehört in den Kontext der politischen Auseinandersetzung mit dem christsozialen Kanzler Dollfuß, der gegen die Nationalsozialisten in Österreich vorzugehen versuchte und am 14. 5. 1933 den bayerischen Justizminister Hans Frank ausgewiesen hatte, weil er auf NSDAP-Veranstaltungen agitiert hatte. Hitler reagierte mit der Tausendmarksperr.

⁴⁵ Vgl. Wagner, Nacht über Bayreuth, S. 120–123. Da sie vorwiegend an der Schilderung der Atmosphäre interessiert ist, erwähnt Friedelind die Gesprächsthemen der Unterhaltung nicht, zu der sich auch Goebbels gesellt hatte. Hitler habe sich übermüdet und unkonzentriert gezeigt und ist anscheinend auf die Anliegen Winifred Wagners nicht eingegangen.

⁴⁶ BayHStA, MK, 50449, Auswärtiges Amt an das Bayerische Kultusministerium vom 6. 4. 1933. In dieser Kopie der Stellungnahme des deutschen Botschafters heißt es, Toscanini habe sich

erklärt, und es stand sogar in Frage, ob er überhaupt noch in Bayreuth dirigieren dürfe. Für den künstlerischen Erfolg der Festspiele blieben Winifred Wagner und Heinz Tietjen, der Festspielorganisator, zunächst auf jüdische Spitzenkräfte angewiesen, was wiederum die Ablehnung von Joseph Goebbels und Alfred Rosenberg hervorrief, der in seinem Buch *Mythus des 20. Jahrhunderts* grundlegende Kritik an Wagners *Ring*-Tetralogie geäußert hatte⁴⁷.

Am 3. April sandte Adolf Hitler auf Veranlassung Winifred Wagners ein Telegramm an Toscanini, dem auch ein devot bittender Brief aus seiner Feder gefolgt sein soll⁴⁸. Der Maestro jedoch ignorierte beides und brüskierte Hitler, der „durch die Absage bloßgestellt [war] und seinen Ärger an Winifred weiter[gab]“⁴⁹. Stattdessen sagte Toscanini der Salzburger Konkurrenz zu. Winifred Wagner stand mit leeren Händen da, aber nicht sie, sondern die erst jüngst als langjährige Ausstattungsleiterin entmachtete Richard-Wagner-Tochter Daniela Thode, die Toscanini bereits seine Zusage für 1933 abgerungen hatte, reiste am 26. Mai nach Mailand, erhielt aber dort die definitive Absage des erst im Frühjahr zum Ehrenbürger von Bayreuth ernannten Dirigenten⁵⁰. Nun war gleichwertiger Ersatz gefragt, und man fand ihn auch, als Richard Strauss sein Dirigat zusagte, der sich bislang jedoch nicht als Wagner-Dirigent profiliert hatte⁵¹.

Im Mai 1933 spitzten sich die Ereignisse zu: Die Buchungen blieben auf niedrigem Niveau, Hitler reagierte nicht mehr auf Winifred Wagners Anfragen und ignorierte sogar ihr großzügiges Kartengeschenk zu seinem Geburtstag⁵². Unterdessen stand Festspielorganisator Heinz Tietjen in der Kritik – als Person und wegen seiner Besetzungspraxis. Tietjen, der Protégé Hermann Görings, wurde von der Presse bezichtigt, Ausländer und Juden zu bevorzugen und sich somit

zur Unterzeichnung drängen lassen und werde seiner Ankündigung, seine Bayreuther Gastspiele abzusagen, nicht entsprechen. Vgl. hierzu auch Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 155 f., sowie Harvey Sachs, Toscanini. Eine Biographie, München 1980, S. 284–288.

⁴⁷ Vgl. die Einschätzung von Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 72. Zu Rosenberg vgl. Ernst Piper, Alfred Rosenberg, Hitlers Chefideologe, Berlin 2005, S. 41, S. 189 f. u. passim.

⁴⁸ Das Telegramm wurde anscheinend im Namen Hitlers aufgegeben, aber von Winifred Wagner formuliert, nachdem diese am 2. 4. 1933 eine Nachricht aus New York erhalten hatte, Toscanini sage für die Festspiele ab. Vgl. hierzu Wagner, *Nacht über Bayreuth*, S. 125. Dass sich Friedelind Wagner an den Wortlaut erinnert haben soll, erscheint unwahrscheinlich (S. 126). Briefwechsel bei Karbaum, *Studien*, Teil II, Dok. XV-3 bis -6.

⁴⁹ Hamann, *Winifred Wagner*, S. 241. Erst am 29. 4. 1933 hatte sich Toscanini an Hitler gewandt (RWA, K3). Vgl. aus Toscaninis Perspektive Sachs, Toscanini, S. 306–312.

⁵⁰ Vgl. Wagner, *Nacht über Bayreuth*, S. 124 f. Am 28. 5. sagte Toscanini Winifred Wagner endgültig ab.

⁵¹ Notiz vom 10. 7. 1933, in: BayHStA, MK, 50449, sowie die provisorische Abänderung der Festspielprospekte, bei denen der Name Toscanini durch den von Strauss überklebt wurde. Winifred Wagner erklärte gegenüber Syberberg, Strauss habe „Tietjen zuliebe“ zugesagt, der eine autoritäre Stellung innerhalb des deutschen Opernlebens innehatte. Hans-Jürgen Syberberg, *Die Geschichte des Hauses Wahnfried 1914–1975*. Videoedition, Berlin 1993, Kassette 1, Min. 70. Jüngst auch als DVD erschienen: München 2006.

⁵² Erst am 21. 6. 1933 ging nach längerer Funkstille ein Schreiben ein. Liselotte Schmidt an ihre Eltern vom 23. 6. 1933, in: RWA, NA IV A 28.

gegen den Nationalsozialismus zu stellen⁵³. Winifred Wagner verteidigte Tietjen, der zu ihrem wichtigsten Berater und Vertrauten avanciert war, und trat aus Protest aus dem „Kampfbund für deutsche Kultur“ aus, dessen Gründungsmitglied sie gewesen war⁵⁴.

Das Tagebuch der Wahnfried-Haushälterin Liselotte Schmidt bringt die Gemütslage der Wagners in den Maitagen auf den Punkt: „Die Herrin hat unerfreuliche Tage in Berlin“, selbst Bayreuth-freundlich eingestellte Parteigrößen hätten sich aus strategischen Gründen gegen Winifred Wagner und Tietjen gewandt⁵⁵. „Höchste Tragik, dass Bayreuth noch nie so von allen Fronten angegriffen wurde, wie im Dritten Reich. [...] Ich weiß nur, dass wir gute Lust hätten, das Festspielhaus auf Räder zu setzen und auf neutralen Boden zu fahren.“⁵⁶

Ob Hitler die Festspiele besuchen würde, war zu diesem Zeitpunkt ebenfalls noch völlig unklar. Ende Mai stand die Durchführung der Festspiele noch immer auf Messers Schneide. Sie waren mehr denn je in Gefahr und das trotz – eher: wegen – des Beginns der nationalsozialistischen Herrschaft. „Winifred sah sich gerade jetzt, als Hitler am Ziel war, im Stich gelassen“⁵⁷, resümiert Brigitte Hamann diese scheinbar paradoxe Lage. Sowohl bei der Familie Wagner als auch bei den staatlichen Stellen herrschten nur vage Vorstellungen von der künftigen Zusammenarbeit. Winifred Wagner erwartete vom nationalsozialistischen Regime ein Entgegenkommen, wobei vorerst offen blieb, welche Gegenleistung dafür zu erbringen sei.

IV. Schwebезustand: Hoffen auf Hilfe und Angst vor Verstaatlichung

Angesichts der angespannten Finanzlage ergriff Winifred Wagner die Initiative. Sie fand mit ihren Gesuchen um Hilfe für das Festspielunternehmen schließlich Gehör bei zwei Weggefährten: dem einstigen Bayreuther Volksschullehrer Hans Schemm⁵⁸, der unterdessen zum ersten nationalsozialistischen Kultusminister in

⁵³ Vgl. Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 113–120.

⁵⁴ Vgl. Hamann, *Winifred Wagner*, S. 262. Piper, *Rosenberg*, S. 261, erwähnt diesen prominenten Austritt nicht und beleuchtet auch Rosenbergs Kritik an Richard Wagner, beispielsweise seine Verehrung Buddhas im *Parsifal*, nicht. Schertz-Parey, *Winifred Wagner. Ein Leben für Bayreuth*, Graz/Stuttgart 1999, S. 101 f., zitiert eine Verteidigungsschrift Winifred Wagners, in der sie ihr selbstbewusstes Auftreten gegenüber Goebbels als Akt des Widerstands deutet. Rosenberg habe sich zudem gegen die Beschäftigung Heinz Tietjens ausgesprochen (ebenda S. 90). Hitler habe laut Winifred Wagner Rosenberg nach Bayreuth eingeladen, damit dieser seine Meinung ändern solle. Vgl. Syberberg, *Geschichte des Hauses Wahnfried*, 1 Kassette, Min. 156.

⁵⁵ Schmidt an ihre Eltern vom 19. 5. 1933, in: RWA, NA IV A 28.

⁵⁶ Schmidt an ihre Eltern vom 26. 5. 1933, in: Ebenda, teilweise abgedruckt bei Karbaum, *Studien*, Teil II, Dok. XIII-3 und -4.

⁵⁷ Hamann, *Winifred Wagner*, S. 247.

⁵⁸ Vgl. Franz Kühnel, *Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891–1935)*, Nürnberg 1985; Rudolf Endres, *Hans Schemm*, in: Alfred Wendehorst (Hrsg.), *Fränkische Lebensbilder*, Neustadt/Aisch 1993, S. 265–284; Winfried Müller, *Gauleiter als Minister: die Gauleiter Hans Schemm, Adolf Wagner und Paul Gieseler und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus 1933–1945*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 60 (1997), S. 973–1021,

Bayern aufgestiegen war, sowie beim bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert. Am 1. Juni 1933 ließ Siebert ein Telefonat mit Bayreuths Bürgermeister Karl Schlumprecht protokollieren: „Er erklärte, Frau Camberlain [sic] und Frau Thode bäten mich dringend, ihnen eine Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler zu vermitteln, weil die Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth sich in einer schweren Krise befänden, aus der ihnen nur der Reichskanzler helfen könne. Welcher Art diese Krise sei, hätten die Damen nicht gesagt. Ich werde mit Herrn Reichskanzler eine Besprechung vermitteln, weil ich hoffen könne, ihn über Pfingsten [4./5. Juni 1933] zu treffen.“⁵⁹ Das Treffen wurde allerdings verschoben.

Am 16. Juni besuchte Hans Schemm zusammen mit dem Münchner Gewährsmann der Wagners, dem Kaufmann Max Wiskott, Bayreuth. Er teilte Winifred Wagner mit: „Der Führer ist entschlossen, für Abnahme sämtlicher Karten zu sorgen.“⁶⁰ Winifred Wagner war über diese Nachricht alles andere als erfreut: „Es gehen Gerüchte, man plane eine Verstaatlichung der Festspiele. Das Wort ‚Enteignung‘ ist zwar nicht gefallen, aber ich glaube, derartiges aus dem herauszuhören, was hier herumschwirrt.“ Auch als Schemm ihr mitteilte, der bayerische Ministerrat habe am 12. Juni beschlossen, „diejenigen Plätze der Bayreuther Festspiele zu kaufen, die im Wege des Publikumsverkaufs nicht abgesetzt werden“, beharrte die Festspielleiterin auf ihrer Unabhängigkeit: „Wir brauchen keinen staatlichen Zuschuss, nur den Vollverkauf. [...] Bleiben die Festspiele in jeder Beziehung unabhängig?“ Auch hier zeigt sich, dass Winifred Wagner sich Unterstützung erhoffte, ohne freilich eine Gegenleistung erbringen zu wollen.

Schemm und Wiskott wiegelten angesichts der Befürchtungen Winifred Wagners ab, die Leitung werde weiterhin der Familie überlassen. Richard Wagners Grundsatz für die Festspiele sei es allerdings gewesen, „die Festspiele den Würdigsten des Volkes unentgeltlich zugänglich zu machen“. Dem „Dritten Reich“ – so Wiskott – sei es nun beschieden, nachdem selbst Bismarck in dieser Beziehung „versagt“ habe, „Richard Wagners Testament zu erfüllen“. Schemm erläuterte Winifred Wagner, er wolle die Festspiele als Teil „lebendiger Erziehung“ den Lehrerorganisationen öffnen, stieß damit aber auf Skepsis. Keinem der Wagnerverbände und -gesellschaften, so Frau Wagner, sei es bisher gelungen, die Festspiele in nennenswerter Weise zu unterstützen, es mangle diesen Institutionen schlicht an Organisationstalent. Schemm erwiderte, er werde sofort Maßnahmen ergreifen, worauf ihm Winifred Wagner antwortete, zum 1. Juli fehlten zunächst akut 150.000 RM. Schemm schloss darauf die Sitzung mit den Worten, er werde sofort entsprechende Schritte einleiten. Denn: „Wir können organisieren.“⁶¹ Schemm

sowie ders., Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Verwaltung und Personal im Schatten der NS-Politik, in: Staat und Gaue in der NS-Zeit, München 2004, S. 197–215.

⁵⁹ BayHStA, MK, 7501, Aktenvermerk vom 1. 6. 1933. Vermutlich am 6. 6. 1933 rief Rechtsrat Karl Keller im Auftrag von Daniela Thode und Eva Chamberlain erneut in München an, was zeigt, dass die Angelegenheit pressierte.

⁶⁰ BayHStA, MK, 7501, Protokoll der Sitzung vom 16. 6. 1933. Die Folgezitate stammen aus diesem Dokument.

⁶¹ Auch in der Sprache ist Ausnahmezustand zu erkennen: Begriffe wie „organisieren“, „Garant“ und „abwickeln“ tauchen nicht zufällig auf und sind symptomatisch für das Weltbild

formuliert hiermit den Anspruch, die Neu- bzw. Umorganisation des Publikumsstroms in die Hand zu nehmen.

Die Öffnung der Festspiele für neue Besuchergruppen wurde von Schemm und Wiskott mit Richard Wagners Anspruch begründet, die Festspiele dem Publikum in seiner ganzen Breite zu öffnen und den Zugang vom individuellen Vermögen der Zuschauer zu entkoppeln⁶². Diese Idee, der die Festspielfinanzierung bisher entgegen gestanden hatte, wurde jetzt im nationalsozialistischen Sinne umgedeutet: Der totalitäre Staat werde die sozialen Unterschiede aufheben. Die neoromantische Volksvorstellung Richard Wagners wurde kurzerhand mit der Volksgemeinschaftsideologie verbunden.

Der Wagner-Lobbyist Max Wiskott versorgte Ministerpräsident Siebert Ende Juni 1933 mit Informationen über die finanziellen Engpässe der Festspiele⁶³: Bislang seien die Festspiele nicht einmal zur Hälfte ausgebucht, was ein absehbares Defizit von 500.000 RM zur Folge haben könnte – eine grelle Übertreibung angesichts der Zahlen der Bayreuther Kassenbücher. „Der Kartenverkauf nach dem Auslande ist seit dem 21. März tot“, so Wiskott. Dies bedeute „Bayreuths Zusammenbruch: die größte Bloßstellung von Volk und Regierung vor dem gesamten Auslande“. Die Hilfe für die Festspiele müsse bedingungslos sein: „Bayreuth braucht keine ‚Subvention‘, nur den Verkauf der Karten“, so zitierte Wiskott Winifred Wagner. Er betonte außerdem, dass es das Ziel von Richard Wagners „Lebenskampf“ gewesen sei, sich künstlerische Unabhängigkeit zu erstreiten. Noch immer befürchtete Winifred Wagner – als deren Sprachrohr Max Wiskott hier gelten kann – offensichtlich den Verlust ihrer Eigenständigkeit. Sie sah in staatlichen Subventionen in Form von Barzuschüssen eine existenzielle Gefahr und hoffte mit der Kartenabnahme ein Regulativ gefunden zu haben, das die Absatzkrise des Jahres 1933 kompensieren könne. Winifred Wagner verabschiedete sich damit endgültig von dem Gedanken, die Festspiele vollständig über den freien Kartenverkauf zu finanzieren. Die Forderungen nach einem „störungslosen Verkauf“ sowie ihre Befürchtung, das nationalsozialistische Regime werde die Festspiele verstaatlichen, waren nicht unbegründet: In der NSDAP gab es tatsächlich Widerstand gegen die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Festspielunternehmens⁶⁴.

Der bayerische Ministerpräsident und sein Kultusminister beließen es nicht bei Versuchen, in Berlin im Interesse von Winifred Wagner vorstellig zu werden. Daneben verfolgten sie eigene Motive: Sie wollten den Tendenzen der Reichsstellen entgegenwirken, sich der Festspiele zu bemächtigen. Am 23. Juni 1933 schrieb Hans Schemm an die Ministerpräsidenten der anderen deutschen Länder. Er ging dabei auf die Misere der Festspiele wegen der ausbleibenden Ausländer ein und erwähnte die Zusage des Reichskanzlers, „eine namhafte Reichshilfe“ zu organisieren. Es sei nun an den Ländern, ein Gleiches zu tun, forderte

des Nationalsozialismus; vgl. Viktor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Halle 1957, hier S. 127 f.

⁶² Vgl. Richard Wagner, Gesammelte Schriften und Dichtungen, Leipzig 1936, S. 127.

⁶³ BayHStA, StK, 7501, Max Wiskott an Siebert vom 26. 6. 1933.

⁶⁴ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 261 f.

Schemm die Ministerpräsidenten der deutschen Länder nachdrücklich auf⁶⁵. Der bayerische Ministerrat habe bereits zugesagt, Karten im Wert von 50.000 RM abzunehmen.

Dieser Versuch, den Berliner Bestrebungen zur Vereinnahmung der Festspiele ein Konzept der Länder entgegenzusetzen, ist bemerkenswert, dokumentiert sich in ihm doch ein immer noch ausgeprägtes Bewusstsein für den föderalen Staat, der zunehmend aus den Angeln gehoben und „gleichgeschaltet“ wurde⁶⁶. Die Resonanz auf diesen Aufruf war jedoch schwach. Offensichtlich wollten die Länderregierungen nicht Farbe bekennen und überließen letztlich Bayern allein die finanziellen Lasten der Förderung⁶⁷.

Obwohl Hitler die Hilfe des Reiches zugesichert hatte, scheint sich Winifred Wagner dieser Unterstützung auch zu diesem späten Zeitpunkt nicht sicher gewesen zu sein, da sie keinen Kontakt zu Hitler hatte – sicherlich gab es in der Reichshauptstadt auch andere Probleme als den Festspielbetrieb in Bayreuth⁶⁸. Schon seit April 1933 sei Frau Wagner von Hitler und anderen maßgeblichen Stellen und Personen abgeschnitten, teilte ihre Haushälterin Liselotte Schmidt Reichskommissar Hans Frank mit, mit dem sie ein Verhältnis hatte und den sie regelmäßig in Berlin besuchte⁶⁹. Das Versprechen Hans Schemms erwies sich sogar als hohl, denn es war nichts verbindlich in die Wege geleitet worden.

Inzwischen stiegen die finanziellen Verpflichtungen durch die Festspielvorbereitungen kontinuierlich an. Liselotte Schmidt überreichte Frank bei einem Treffen eine Aufstellung ihrer Arbeitgeberin über den weiteren Finanzbedarf. Allen voran Joseph Goebbels empfangen ihre Chefin nicht mehr, klagte Schmidt. Dabei habe er sich bislang großspurig für die Festspiele stark gemacht und gegenüber Winifred Wagner geäußert: „Wir nehmen jeden Betrag Karten. 300.000 Mark oder mehr ist für B'th [Bayreuth] ein Nichts.“⁷⁰ Die jetzige abweisende Haltung sei auf Tietjens vermeintlich judenfreundliche Haltung zurückzuführen. Winifred Wagner beklagte sich auch über das Schweigen Hitlers, dem sie Karten zum Geburtstag gesandt hatte⁷¹. Dass dieser den Dank für die Karten am 23. Mai mit

⁶⁵ BayHStA, MK, 50449, Schemm an die Ministerkollegen vom 23. 6. 1933.

⁶⁶ Am 3. 7. 1933 betonte Siebert Schemm gegenüber, dass es „die Pflicht ganz Deutschlands“ sei, den Festspielen zu helfen, was sich auch als Absage an Einzelinitiativen wie aus München oder Berlin lesen lässt, in: BayHStA, StK, 7501.

⁶⁷ BayHStA, MK, 50449, anhaltinisches Kultusministerium an bayerisches Kultusministerium vom 4. 7. 1933 mit einer Zusage über 500 RM, sowie mecklenburgisches Kultusministerium an bayerisches Kultusministerium vom 18. 7. 1933. Lübeck, Hamburg und Bremen sagten am 10. 7. 1933 jegliche Beteiligung ab. Laut BayHStA, MK, 50450 stellten Karlsruhe 800 RM und Dessau 500 RM in Aussicht.

⁶⁸ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 247.

⁶⁹ Vgl. Dieter Schenk, Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt a. M. 2006, S. 90 f., sowie die Korrespondenz Franks mit Winifred Wagner über Schmidt vom 19. 8., 15. 9. und 11. 10. 1944, in: Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 52, II/2-10. Laut Schenk spielte Frank zeitweilig sogar mit dem Gedanken nach Bayreuth überzusiedeln.

⁷⁰ BA Koblenz, NL1110, 3, Sprechzettel „Fall Tietjen“ Liselotte Schmidts für Hans Frank, ohne Datum.

⁷¹ Ebenda.

einem Gruß an Winifred Wagner, die genau einen Monat später Geburtstag feierte, verbunden hatte, schrieb Liselotte Schmidt allein dem von ihr vergötterten Hans Frank zu⁷². Der Geburtstagsgruß enthielt allerdings keine Zusage über eine Unterstützung der Festspiele durch die Reichsregierung.

Weder Frank noch Siebert oder Schemm hatten folglich eine rasche Entscheidung herbeiführen können. Die Finanzierung der Festspiele 1933 war, trotz aller Lippenbekenntnisse, auch in letzter Minute noch nicht entschieden – insbesondere der Umgang mit jüdischen Künstlern, dem entscheidende Bedeutung zukam, war ungeklärt. Da die Zeit drängte und alle Versuche, sich Gehör zu verschaffen, erfolglos geblieben waren, sahen sich die Wagners gezwungen, noch einmal den Kontakt zu Hitler persönlich zu suchen. Mit dieser Mission wurde die Tochter Cosima Wagners und Hans von Bühlows, Daniela Thode, betraut, die die Autorität der Familientradition verkörpern sollte, und eben nicht die in Parteikreisen beargwöhnte Festspielchefin.

Joseph Goebbels benannte in seinem Tagebucheintrag vom 27. Juni 1933 den Punkt, der einer einvernehmlichen Lösung vor allem im Weg stand: „Sie sind in der Judenfrage unausstehlich. [...] Wenn Wagner wiederkäme“⁷³. Für ihn waren nicht die von Bayreuth erbetenen 300.000 RM – was 10.000 Festspielkarten entsprach – ausschlaggebend, sondern die ideologischen Konsequenzen, die sich gerade für die ersten Bayreuther Festspiele nach der „Machtergreifung“ aus der Mitwirkung jüdischer Künstler ergeben würden. Ein Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrates vom 27. Juni 1933 enthält bereits die Information über den Ankauf eines Kontingents von 10.000 Karten durch das Reichspropagandaministerium⁷⁴. Allerdings dürfte die Zusage des Propagandaministeriums an den Ausschluss jüdischer Künstler gebunden gewesen sein. Diesem Druck scheinen sich die Wagners aus Gründen der Qualität und der künstlerischen Unabhängigkeit nicht gebeugt zu haben. Daniela Thode suchte nämlich nun die Entscheidung Hitlers. Goebbels hielt noch am selben Tag mit ihm Rücksprache. Thode erhielt daraufhin die definitive Zusicherung, das Reich werde sich mit Kartenkäufen an der Unterstützung der Festspiele beteiligen⁷⁵. Um die Frage der jüdischen Künstler zu klären, bestellte Hitler Winifred Wagner für den 28. Juni 1933 zu sich nach Berlin ein⁷⁶. Sie hatte offenbar Erfolg.

Der Jubel in Liselotte Schmidts Brief an ihre Eltern – „er rief die Herrin nach Berlin, sie flog und innerhalb eine Viertelstunde war uns geholfen und wie!“ – bezieht sich wohl nicht in erster Linie auf materielle Zusagen, die Hitler und Goebbels ja bereits Anfang Juni in Aussicht gestellt und jetzt definitiv zugesagt

⁷² Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 249.

⁷³ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2/III: Oktober 1932 – März 1934, bearb. von Angela Hermann, München 2006, S. 216, Eintragung vom 27. 6. 1933.

⁷⁴ BayHStA, MK, 7501, Aktennotiz vom 28. 6. 1933 über die Sitzung vom 27. 6. 1933.

⁷⁵ Daniela Thode, Bayreuth seit 1930, S. 5, in: RWA, Hs. 93/127.

⁷⁶ Auf diese Datierung lässt auch das Protokoll einer Besprechung in München schließen, das auf den 3. 7. 1933 datiert und in dem Ludwig Siebert wie folgt wiedergegeben wird: „Ich erklärte weiter, ich hätte mit dem Führer gesprochen, der mir gesagt habe, er wolle sich mit Frau Wagner selbst benehmen, was ja auch in der Zwischenzeit geschehen sei.“ BayHStA, MK, 7501.

hatten, sondern auf die „Sicherheit, die wir brauchen, um künstlerische Arbeit leisten zu können“. Hitler selbst sei, so Schmidt weiter, angesichts der „Intrigen von Goebbels“ gegen Winifred Wagner und die Festspiele „ahnungslos“ gewesen, „in seiner Umgebung [gab es] Stimmen, die uns [...] nicht ganz hold gesinnt sind“⁷⁷. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, dass sich Hitler mit einem Machtwort durchsetzte und die Sonderstellung der Bayreuther Festspiele im Kulturbetrieb des „Dritten Reiches“ begründete: als Sonderbereich im Schwebезustand, abhängig von seinen Gnaden und unter seinem Schutz stehend. Dies war nicht das Ergebnis von Planung, sondern Produkt eines komplexen Prozesses mit unklarer Kompetenzverteilung.

Ohne die Konsequenzen abzusehen – sei es aus Kalkül oder aus der Notlage heraus – stimmte Winifred Wagner einem „Pakt“ zu, der zur Folge hatte, dass die finanzielle Unterstützung durch den Staat als Kompensation für den Einbruch des Kartenverkaufs an eine politische und soziale Umdeutung der bisherigen Festspielpraxis gekoppelt wurde: die Öffnung der Festspiele für vom nationalsozialistischen Staat ausgewählte Besuchergruppen. Winifred Wagner sah im Erwerb von Kartenkontingenten anscheinend ein neutrales Mittel, das ihre Stellung als Familienunternehmerin nicht tangierte. Das war jedoch eine Illusion. Der Kartenerwerb war nämlich de facto eine Subvention, die ihre Freiheit letztlich zur Disposition stellte. Ohne dass dies je ausgesprochen oder geplant worden wäre, fand folglich ein Geschäft statt: Geld gegen ideologische Verfügungsgewalt. Weder gab es auf Seite des bayerischen Staates noch auf Reichsseite konsistente Pläne oder einheitliche Absichtserklärungen. Auch schien Winifred Wagner nicht zu wissen, worauf genau sie sich einließ, wie ihr Festspielunternehmen sich verändern würde, ob ihre Unabhängigkeit in Frage gestellt war oder nicht. Letztlich musste sie sich bedingungslos auf die Forderungen von nationalsozialistischer Seite einlassen und Gegenleistungen erbringen. Im Charakter der „Gleichschaltung“ durch Improvisation liegt der Beginn des sozialen Umbaus der Festspiele begründet, der bereits für das Jahr 1933 kennzeichnend ist.

V. „Soziale Gleichschaltung“ der Festspiele: Berliner Klientelpolitik versus Münchner Auswahlverfahren

Nachdem eine „Reichshilfe“ spätestens seit dem 27. Juni 1933 feststand, forderte Ludwig Siebert im bayerischen Ministerrat erneut, dass „weitere Summen durch die deutschen Länder aufgebracht werden [sollen], da es sich um eine Angelegenheit ganz Deutschlands handelt“⁷⁸. Im Kabinett entzündete sich daraufhin eine Kontroverse an der Frage, ob das Kultusministerium die Karten „an geeignete Personen weiterzugeben oder zu verschenken“ habe. Es wurden Bedenken laut, dass eine durch Freikarten veränderte „Zusammensetzung der Festspielbesucher das Ausland vom Besuch der Vorstellungen in den folgenden Jahren viel-

⁷⁷ RWA, NA IV A 28, Brief an die Eltern vom 30. 6. 1933, wiedergegeben auch bei Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII-6.

⁷⁸ BayHStA, MK, 7501, Aktennotiz vom 28. 6. 1933 über die Sitzung vom 27. 6. 1933.

leicht abhalten könnte.⁷⁹ Der internationale Charakter der Festspiele sollte auch in Zukunft gewahrt bleiben. Das Kabinett fürchtete einen Imageverlust der Festspiele durch die Präsenz eines Freikartenpublikums.

In einem Gespräch zwischen Ludwig Siebert, Hans Schemm, dem Bayreuther Rechtsrat Karl Keller und Winifred Wagner forderte der Ministerpräsident am 3. Juli 1933⁸⁰, die ersten Festspiele unter der neuen nationalsozialistischen Regierung dürften künstlerisch und gesellschaftlich nicht hinter den Festspielen der Vorjahre zurückbleiben. Er regte an, Karten nicht zu verschenken, sondern verbilligt abzugeben, denn „eine Vergebung der Karten würde nur einen wilden Zwischenhandel hervorrufen. Das Publikum müsse opferwillig sein und mindestens einen Teil der Kosten für die Karten tragen.“ Dies solle auch aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Stadt Bayreuth geschehen, die auf kaufkräftige Touristen hoffe. Schemm und Siebert schlugen abschließend vor, „für die Ausgabe der Karten bestimmte Richtlinien aufzustellen“. In der Öffentlichkeit solle die Parteinahme für Wagner und die Festspiele nicht als finanzielle Hilfe erkennbar sein, sondern „die Verbilligung soll der kulturellen Erziehung des Volkes [...] dienen“.

Winifred Wagner befürwortete dieses Vorgehen und betonte noch einmal, sie lege „den höchsten Wert auf künstlerische Unabhängigkeit“. „Bei finanzieller Unterstützung hätte sie unter Umständen nicht mehr die Bewegungsfreiheit, die Dirigenten und Sänger, die sie brauche, selbst zu bestimmen“ – auch hier stand also die Schlüsselfrage der Beteiligung jüdischer Künstler im Raum. Sie wünschte sich außerdem, nicht nur Bayern, sondern auch „das Reich solle die Karten an würdige, bessere Studierende, Lehrer und dgl. abgeben“. Es gehe nicht an, zwei Kategorien von Besuchern – Vollzahler und beliebige Freikartenempfänger – zu schaffen. Auch hier ist das Beharren Winifred Wagners spürbar, das Festspielpublikum in seiner sozialen Zusammensetzung nicht grundlegend zu verändern.

Schemm umriss die Zielgruppe im Sinne Winifred Wagners mit dem Begriff „kulturelle[r] Mittelstand, insbesondere die Beamtenschaft und die Studenten, vielleicht auch die Oberprimaner der Gymnasien“. Er sagte zu, dass er dieses Modell in Berlin mit Bildungsminister Rust und Joseph Goebbels besprechen wolle: „Die Gedanken, daß der Staat die Verbilligung des Festspielbesuches zur Erziehung des Volkes verwenden müsse, müßten auch in Berlin zum Durchbruch kommen.“⁸¹ In der Ministerratssitzung am 4. Juli 1933 gab Ludwig Siebert die Parole aus, die 1.000 bayerischen Karten, deren Abnahme das Kultusministerium zugesichert hatte, sollten insbesondere an Studierende und Beamtenanwärter vergeben werden⁸². Der von Hans Schemm zum Engagement aufgeforderte Beam-

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ BayHStA, MK, 7501, Protokoll des Ministeriums vom 3. 7. 1933.

⁸¹ BayHStA, MK, 50449, Bayerisches Kultusministerium an Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung vom 5. 7. 1933.

⁸² Ebenda, Protokoll des Ministerrates vom 4. 7. 1933. Am 5. 7. 1933 sandte Winifred Wagner 1.000 Karten nach München und bedankte sich für das Interesse an den Bayreuther Festspielen. Vgl. ihren undatierten Brief in: Ebenda. Am 10. 7. 1933 wies das Finanzministerium 30.000 RM für die Karten an (ebenda).

tenbund erfüllte allerdings – wie übrigens auch der von Kultusminister Schemm gesteuerte NS-Lehrerbund – die in ihn gesetzten Erwartungen einer namhaften finanziellen Beteiligung im Jahr 1933 nicht⁸³. Vonseiten dieser Standesorganisationen gab es vorerst wenig Interesse an einer unmittelbaren Unterstützung der Festspiele. 1934 erhöhte Schemm den Druck und hatte damit auch Erfolg⁸⁴.

Am 9. Juli 1933 veröffentlichte die Landesregierung im *Staatsanzeiger* einen allgemeinen Aufruf, in dem es hieß, dass man sich bei der Münchner Akademie für Tonkunst um verbilligte Festspielkarten bewerben könne. „Lehrkräfte für Musik, Tonkünstler, Lehramtsanwärter, Beamtenanwärter und Beamte“, so das Kultusministerium, würden dabei bevorzugt⁸⁵. Diese Auswahl entsprach im Prinzip dem seit 1884 praktizierten Usus, einer Gruppe von ausgewählten, musikinteressierten Bürgern Zutritt zu den Festspielen zu gewähren. Seitdem war auch die Akademie für die Zuteilung zuständig, die nun aber anstatt einiger Dutzend tausend Karten zuweisen konnte. Durch Pressemeldungen hatte die deutsche Öffentlichkeit schon am 5. Juli von der bayerischen Ausschreibung erfahren und überschüttete nun die Akademie und das Kultusministerium mit Kartengesuchen. Einem Großteil der Petenten musste sofort abgesagt werden, da nur „bayerische Landeskinde“ in den Genuss vergünstigter Karten kommen konnten⁸⁶.

Die Akademie unterrichtete das bayerische Kultusministerium Ende Juli 1933 über die verbilligt abgegebenen Karten⁸⁷. Aus den penibel geführten Listen lässt sich ersehen, welchen Gruppen die Karten zur Verfügung gestellt wurden: Schülern (211), Lehrern (202), Studenten (168), sonstigen Beamten (132), Ärzten (70), Musikern (67), Buchhändlern (45), Ingenieuren (30), Professoren (23), Kaufleuten (21), Angestellten (17), Kapellmeistern (16) Invaliden, Witwen (4) und Arbeitern (2). Neben Personen, die in pädagogischen und musischen Berufen arbeiteten, sowie Jungakademikern kamen die Vertreter unterschiedlicher bürgerlicher Berufe zum Zuge⁸⁸, während die unteren sozialen Schichten so gut wie leer ausgingen. In Bayreuth wollte man anscheinend nur solche Besucher, die dem traditionellen Bild von den Festspielen entsprachen.

⁸³ BayHStA, MK, 7501, Schemm an den Vorstand des NS-Beamtenbundes vom 23. 6. sowie dessen Antwort an Schemm vom 10. 7. 1933.

⁸⁴ 1934 erhielt der Lehrerbund Festspielkarten im Wert von 50.000 RM. Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 277.

⁸⁵ Staatsanzeiger Nr. 156 vom 9./10. 7. 1933, Mitteilung Nr. 858 des StM für Unterricht und Kultus, 7. 7. 1933, Nr. VII/31950, über die Bayreuther Festspiele: „Geleitet vom Bestreben, die Bayreuther Festspiele, diesen einzigartigen Kulturbesitz, als Kraftquelle für die seelische Erneuerung des erwachten Deutschland zu nutzen, will die Staatsregierung der Anregung des Reichskanzlers folgen und einen neuen Weg bestreiten durch Ankauf einer größeren Zahl von Eintrittskarten zu den Festspielen 1933 und durch deren stark verbilligte Abgabe.“ Die Akademie der Tonkunst München halte 1.500 Karten zum Preis von 10 RM und 2.500 Karten zum Preis von 15 RM bereit; die Zahlen stehen im Widerspruch zu den 1.000 de facto abgekauften Karten.

⁸⁶ Am 5. 7. 1933 trafen die ersten Schreiben ein. Die Absender Frankfurt, Hamburg, Königsberg, Gotha, Trier, Weimar, Ludwigshafen, Hannover und Wanne-Eikel deuten darauf hin, dass im gesamten Reich von der bayerischen Initiative Notiz genommen wurde.

⁸⁷ Vgl. die umfangreiche Aufstellung in: BayHStA, MK, 50450.

⁸⁸ Abrechnungslisten in: Ebenda.

Die Münchner Quellen lassen auch Schlüsse auf die Selbsteutung der Bürgerinnen und Bürger zu, die sich als Zielgruppe dieser neuen Zuschauerpolitik verstanden. Zahlreiche Anfragen gingen in Form ausführlicher Bewerbungsschreiben ein, denen zum Teil Zeugnisse oder längere Lebensabrisse beigelegt waren. Vier zentrale Argumente stehen dabei hervor: Erstens die Versicherung, aus einer musikalischen Familie zu stammen, selbst musikinteressiert zu sein oder seit jeher Richard Wagner zu verehren⁸⁹. Eine zweite Gruppe berief sich auf ihr Interesse an Wagner aus professionellen Gründen oder um der Bildung willen⁹⁰. Andere betonten drittens, sie seien bisher „vom Leben benachteiligt“ worden und hätten es nun endlich verdient, zum Zuge zu kommen, wobei das eigene Leben in diesen Darlegungen häufig mit dem Richard Wagners oder gar Adolf Hitlers verglichen wurde⁹¹. Die letzte und größte Gruppe verknüpfte Wagner und die Festspiele mit der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten. Einzelne gaben sich als Parteimitglieder zu erkennen, die Mehrzahl legte ein Bekenntnis zum „erwachenden Deutschland“ ab und hoffte, „aufgrund der starken politischen Anteilnahme für den Führer in den Kreis der Treuen aufgenommen zu werden“. Der Verteilungsmodus für die knapp 1.000 Karten erwies sich insgesamt als kompliziert, langwierig und personalintensiv⁹².

In Berlin hingegen wurden die Karten ohne aufwändige Regularien in Verwaltungen und Parteorganisationen vergeben⁹³. Am 8. Juli 1933 fand eine Sitzung mit Vertretern des Reichsinnenministeriums, Preußens, des Propagandaministeriums und der Reichskanzlei statt, in der die Aufteilung des Ankaufbetrages auf die einzelnen Ministerien beschlossen und über den Verteilungsmodus gesprochen wurde⁹⁴. Bei dieser Aufstellung fehlen 100.000 RM der von Goebbels ursprünglich in Aussicht gestellten 300.000 RM. Im Gegensatz zur bayerischen Regierung hatten die Berliner Stellen einen Rabatt von 33 Prozent zur Bedingung gemacht und damit Erfolg gehabt, was die defensive Lage der Familie Wagner verdeutlicht. „Die Karten sollen den infrage kommenden Kreisen als Freikarten zur Verfügung gestellt werden“⁹⁵, hieß es im Protokoll der Besprechung, was

⁸⁹ Vgl. den exemplarischen Antrag an das Propagandaministerium vom 18. 7. 1933, in: BayHStA, MK, 50450.

⁹⁰ Ebenda, Schreiben vom 23. 7. 1933: „Daß ich mit dem Besuch der Bayreuther Festspiele mit meiner Schülergruppe im Sinne unserer heutigen Regierung gehandelt hab, ersehe ich daraus, daß die Festspiele nun auch von Regierungsseite weitgehend gefördert werden“, so am 25. 7. 1933 ein Lehrer aus Erlangen.

⁹¹ BayHStA, MK, 50450, Schreiben vom 27. 7. 1933 mit Einkommensnachweis und einer Liste bisher gesehener Opern.

⁹² Zudem hatte die Nachfrage die Akademie überrascht. Seit dem 26. 7. 1933 waren keinerlei Karten mehr verfügbar. Der individuelle Antwortmodus ist verantwortlich für den Umfang der Akten, in: BayHStA, MK, 50449 und -50.

⁹³ BayHStA, MK, 50450, Propagandaministerium an Kultusministerium vom 21. 7. 1933.

⁹⁴ Das Reichsinnenministerium zahlte 20.000 RM, die preußische Staatsregierung 30.000 RM, die Staatskanzlei 50.000 RM, das Propagandaministerium 100.000 RM, in: BayHStA, MK, 50449, Protokoll vom 8. 7. 1933.

⁹⁵ BayHStA, MK, 50449, Protokoll der Sitzung vom 8. 7. 1933, erstellt durch den Bayerischen Gesandten in Berlin.

einem Freibrief für Vetternwirtschaft und Nepotismus gleichkam. Obwohl vorwiegend Berliner Kreise begünstigt wurden, deutet die Einladung eines Vertreters der Reichsbahn zu dieser Sitzung darauf hin, dass man mit einer Anreise aus dem ganzen Reich rechnete. Nicht nur der Eintritt sollte nämlich kostenlos sein, sondern auch die Fahrt nach Bayreuth und zurück zum Wohnort.

Die Reichsbahn weigerte sich jedoch zunächst, einer Sonderregelung für die Festspiele zuzustimmen, wie sie in der Unternehmensgeschichte bislang ohne Beispiel gewesen wäre. Erst die unmittelbare Intervention Hitlers beim neu ernannten Reichsbahndirektor am 11. Juli 1933 brachte den Durchbruch⁹⁶. Zehn Tage später trafen die ersten Freikarteninhaber zur Eröffnung der Richard-Wagner-Festspiele ein; 1.000 kamen mit bayerischen Karten und 10.000 mit solchen aus Berliner Provenienz.

VI. Veränderte Festspielatmosphäre: Folgen staatlicher Kartenpolitik

Nicht nur die Anreisemodalitäten der Mehrheit der Festspielgäste unterschieden sich von der Praxis der Erfolgsjahre 1930 und 1931 – die Festspiele des Jahres 1933 hatten insgesamt ein völlig verändertes Gesicht, wie sich im Erfahrungsbericht des stellvertretenden Bürgermeisters von Bayreuth, Rechtsrat Karl Keller, an Kultusminister Schemm zeigte⁹⁷. Seinen Dankesworten und der Schilderung der Begeisterung über die Aufbruchsstimmung der ersten Festspiele im Nationalsozialismus waren auch kritische Beobachtungen beigemischt: Die Stadt habe sich gezwungen gesehen, im Rathaus ein fast rund um die Uhr geöffnetes Büro für die Freikartenbesitzer zu unterhalten, das als zentrale Anlaufstelle auch die Quartierfrage zu klären gehabt habe, da die Reichsstellen die Stadt verpflichtet hatten, die Gäste kostenlos unterzubringen. Dies sei in „Massenquartieren [...] in Erziehungsanstalten, der Taubstummenanstalt, Turnhallen und sauberen Strohlagern“ geschehen – 4.000 Personen hätten auf diese Weise durchschnittlich zwei Nächte in Bayreuth verbracht⁹⁸. Manche seien „kaum zur Abreise zu bewegen“ gewesen, weshalb man in Zukunft die Aufenthaltsdauer auf maximal fünf Tage beschränken solle.

„Die Verpflegung übernahm die städtische Volksküche in einem Schulhaus. Während der Pausen wurden Tee und heiße Würste gereicht“, so Keller. Hinzu seien 550 von der Bayreuther Bevölkerung ausgerichtete Freitische gekommen⁹⁹.

⁹⁶ BayHStA, MK, 50440, Reichsbahnzentrale an Kultusministerium vom 11. 7. 1933 sowie die Ankündigung der Reichsbahnzentrale vom 14. 7. 1933, der eine Verlautbarung in Presse und Staatsanzeiger Nr. 163 vom 18. 7. 1933 folgte. Laut BayHStA, MK, 50449, Propagandaministerium an alle Bahnhofsvorstände im Reichsgebiet vom 13. 7. 1933, sollte für die Festspiele freie Fahrt genehmigt werden. Als Fahrschein galt fünf Tage vor dem Aufführungstermin die von einer der staatlichen Stellen gestempelte Eintrittskarte.

⁹⁷ BayHStA, MK, 50449, Keller an Schemm vom 27. 8. 1933.

⁹⁸ Hinzu kamen 600 Privatquartiere, die kostenlos bzw. gegen Festspielkarten zur Verfügung gestellt wurden (BayHStA, MK, 50449, Stadt Bayreuth an Kultusministerium vom 8. 7. 1933).

⁹⁹ BayHStA, MK, 50450, Thea Friedel an Schemm vom 10. u. 27. 7. 1933. Keller betont, dass man sogar Braten und Frühstücksbrötchen zur Verfügung stellte und für diesen Zweck eigens Geldspenden aus der Bevölkerung eingegangen waren.

„Täglich frischer Erbseneintopf“, der in den Massenquartieren ausgegeben wurde, mag das Gefühl bestärkt haben, nun zu einer „Volksgemeinschaft“ zusammengewachsen zu sein. Handel und Gewerbe waren hingegen von der Festspielsaison 1933 enttäuscht: „Offensichtlich kam die Mehrzahl der Freikartenempfänger ohne Mittel, äußerte aber bisweilen hohe Ansprüche.“ Keller nannte eine Reihe weiterer Kritikpunkte: Wie von der bayerischen Regierung befürchtet, sei mit den Festspielfreikarten ein „schwunghafter Handel“ getrieben worden. Außerdem brachte er das Unverständnis der Bayreuther Bevölkerung darüber zum Ausdruck, dass Freikartenempfänger nicht nur häufig mit dem eigenen PKW vorgefahren, sondern manche „sogar mit dem Flugzeug“ angereist seien. „Daß viele Personen in Amt und Würden Freiquartiersanspruch hatten, schaffte Verbitterung.“ Entgegen der lautstarken Ankündigung wurde hier dem Wagnerschen Ideal von Festspielen als Bildungsstätte für das ganze Volk eben nicht Rechnung getragen¹⁰⁰, denn die bürgerliche war durch die neue nationalsozialistische Elite ergänzt, in Teilen sogar ausgetauscht worden.

Der Festspielaufenthalt – so Keller abschließend – sei außerdem von vielen Freikarteninhabern zu wahren Alkoholexzessen genutzt worden: „Es haben sich Dinge im Festspielhaus zugetragen, die nicht nur für die Besitzer, sondern auch für die anderen peinlich waren.“ Auch Friedelind Wagner kritisierte das „völlig apathische Publikum, das zumeist aus schnarchenden Nazigrößen bestand, so daß Hitler seine Adjutanten durch die Reihen schicken mußte mit dem Befehl, zu applaudieren“¹⁰¹. Hans Schemm ließ den Bericht der Stadt Bayreuth, der die Konsequenzen der Berliner Freikartenpolitik deutlich zum Ausdruck brachte, vervielfältigen und an das Propagandaministerium zur Kenntnisnahme weiterleiten¹⁰². Aus Berlin kam aber keine Reaktion auf diese Kritik.

Während die Presse und wohl auch zahlreiche Festspielbesucher die neue Publikumzusammensetzung als „wahre Erfüllung der Volksgemeinschaft im Angesichte Wagners“ feierten und als „Beginn eines neuen Miteinander eines Deutschen mit einem anderen“ interpretierten¹⁰³, forderte Keller für die Zukunft „eine gewisse Auswahl“ der Festspielgäste. Vor allem müsse man ihnen ein „kleines Opfer“ abverlangen. Winifred Wagner musste bei den Festspielen letztlich einen Verlust von 180.000 RM hinnehmen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, dass der „Reichszuschuss“ in der Tat um 100.000 RM niedriger ausgefallen war als erwartet¹⁰⁴. Statt 30 zahlten die Berliner Stellen nur 20 RM pro Karte – erzwungener Parteirabatt.

Die Festspiele waren 1933 keine exklusive gesellschaftliche Veranstaltung mehr, sondern hatten sich der Ideologie und den Erfordernissen der NSDAP angepasst.

¹⁰⁰ Vgl. Richard Wagner, *Sämtliche Schriften und Dichtungen*, Bd. 9, Leipzig 51936, S. 311 f.

¹⁰¹ Wagner, *Nacht über Bayreuth*, S. 305.

¹⁰² BayHStA, MK, 50450, Kultusministerium an Reichspropagandaministerium vom 11. 10. 1933.

¹⁰³ Ivo Iversen, „Bayreuth 1933“, in: *Deutsche Zeitung* vom 27. 7. 1933.

¹⁰⁴ Vgl. Hamann, *Winifred Wagner*, S. 259, die sich auf eine Aussage im Spruchkammerprotokoll Nr. 82 durch Wirtschaftsprüfer Wilhelm Hieber beruft, sowie BayHStA, MK, 50449, Protokoll der Sitzung im Kultusministerium vom 8. 7. 1933.

Winifred Wagner lobte diese Entwicklung bereits im folgenden Festspieljahr in den höchsten Tönen: Ein Wunder sei geschehen, nachdem im Kaiserreich und in der Republik „kein Verständnis“ für Wagner bestanden habe. „Bayreuth wurde im Dritten Reich durch den Führer der Platz zuerkannt, den es in kultureller Beziehung einzunehmen berufen war.“ Insbesondere die neue soziale Mischung gefiel Winifred Wagner, die sich zuvor sehr skeptisch gezeigt hatte: „Alle Werktätigen, ob Arbeiter der Stirn oder der Faust, so will es der Führer, sollen das Wunder Bayreuths erleben können.“¹⁰⁵ Die Anpassung ging sogar so weit, dass Winifred Wagner diesem neuen Festspielpublikum, „gleich ob Musiklehrer, SA-Männer oder deutsche Arbeiter der NSG ‚Kraft durch Freude‘ und [...] musikverständige SS-Formationen“, das „snobistische Treiben“ des kosmopolitischen Publikums der Jahre 1930 und 1931 gegenüberstellte und negativ konnotierte¹⁰⁶.

Nicht mehr Angebot und Nachfrage – und somit Vermögen und Interesse – entschieden 1933 allein über den Festspielbesuch. Vielmehr wurden die Richard-Wagner-Festspiele durch die Freikarten für Anhänger des Regimes „sozial gleichgeschaltet“. Diese „Gleichschaltung“ betraf 1933 noch nicht die Ästhetik, auch nicht die Organisation, sondern als „soziale Gleichschaltung“ einen – mit mehr als einem Viertel – erheblichen Teil des Publikums.

VII. Existenzsicherung durch Präsenz: Ausrichtung der Festspiele nach Hitlers Bedürfnissen

Stammgäste, die ausländische Presse und viele andere Wagnerianer fühlten sich durch den neuen Charakter der Festspiele vor den Kopf gestoßen. Auch altgediente Kritiker „spürten etwas von der neuen Kommandogewalt schon im Gruß, im Gespräch, in der Beurteilung der eigenen Arbeit, die plötzlich mit Zurückhaltung oder Herablassung aufgenommen wurde. Das alte Treue- und Vertrauensverhältnis schien fristlos gekündigt.“¹⁰⁷ Andererseits ließen sich auch manche vom neuen Geist anstecken; selbst die ausländische Presse zeigte sich zum Teil von der Euphorie und Zackigkeit der ersten Festspiele unter Hitler beeindruckt¹⁰⁸.

Der Takt der Festspiele richtete sich ganz nach Adolf Hitlers Bedürfnissen: Er ließ beispielsweise das Publikum wegen einer Verspätung eine Stunde warten,

¹⁰⁵ Rundfunkinterview mit Winifred Wagner vom 10. 8. 1934, zit. nach Hamann, Winifred Wagner, S. 288.

¹⁰⁶ Vgl. Leipziger Tageszeitung vom 20. 7. 1934, S. 8.

¹⁰⁷ Vgl. die kritische Tagebuchnotiz von Lotte Warburg, Eine Närrin meiner eigenen Gefühle, Bayreuth 1989, S. 77, sowie das Zitat bei Wilhelm Matthes, Was geschah in Bayreuth von Cosima bis Wieland Wagner? Augsburg 1996, hier S. 66 f.

¹⁰⁸ Dass es aber auch emphatische Berichte aus der Feder pro-nationalsozialistisch gesinnter Journalisten gab, zeigen die von der Pariser Botschaft gesammelten und nach München geschickten Pressekritiken, in: BayHStA, MA, 100223, von La Liberté vom 19. 8. 1933, Temps vom 22. 8. 1933 u. 1. 9. 1933. Journalisten wie Paul Achard und Gustave Samazeuilh berichteten, dass sich für Ausländer in Bayreuth wenig geändert habe, lobten die Hitlerjugend und die günstigen Preise. Diese Sammlung wurde mit folgender Glosse kommentiert: „Es ist nicht uninteressant, was das Ausland, das beispielsweise im Falle des ‚Parsifal‘ gerechter urteilt als Deutschland, in dem aber mitunter noch versteckt die Juden das große Wort sprechen, zu sagen hat.“

bevor die *Siegfried*-Vorstellung beginnen konnte¹⁰⁹. In der zweiten Festspielwoche wurde eine Rundfunkrede Hitlers in der Pause nach dem zweiten Akt der *Walküre* ins Festspielrestaurant übertragen, sodass die Vorstellung erst zwei Stunden später fortgesetzt werden konnte – sonst dauerten die Pausen nur eine Stunde¹¹⁰.

Hitlers erst in letzter Minute angekündigte Präsenz in Bayreuth war überschattet von Repressalien gegen Regimegegner und Durchsuchungen der Festspiellokalitäten durch Hundertschaften der Polizei. In Ermangelung einer angemessenen Unterkunft für den „Führer“ wurde die Familie Böhner aus ihrer Familienvilla am Hofgarten hinauskomplimentiert¹¹¹. Im Siegfried-Wagner-Haus wohnte Hitler erst ab 1936. Winifred Wagner schilderte in einem Interview den Tagesablauf Hitlers während der Festspielzeit: Nach dem späten Mittagessen in Anwesenheit von mindestens einem Familienmitglied sei er in einer „Jubel- und Triumphfahrt“ zum Festspielhügel gefahren und dort von Winifred Wagner persönlich begrüßt worden, er revanchierte sich mit Handkuss. In den Pausen sammelte er seine Entourage um sich. Die sich anschließenden Diskussionen über die Inszenierung hätten sich zumeist bis 4 Uhr morgens hingezogen¹¹².

Auch die Stadt Bayreuth stand ganz im Zeichen des Führerbesuchs. Auf dem Festspielhügel hatte Hitler jedoch durch Handzettel das Singen von Deutschland- und Horst-Wessel-Lied im Festspielhaus untersagen lassen. Dies geschah nicht zuletzt mit Rücksicht auf das Ausland, das die Festspiele 1933 mit Argusaugen beobachtete. Strittig ist, ob die Familie Wagner die Abwesenheit von NS-Staatsymbolik von Hitler forderte. Wahrscheinlich untersagte Hitler aufgrund seines idealisierten Wagner-Bilds und seiner Hochachtung vor den Traditionen der ihm nahestehenden Familie jegliche penetrante NS-Propaganda während der Festspiele, was den Charakter des Festspielhügels als Sonderbereich noch unterstrich. Das Festspielareal war jedoch von einem Wald von Hakenkreuz-Flaggen umsäumt, der tiefe Schatten warf und seinen Eindruck beim Betrachter nicht verfehlt haben wird.

Hitler wurde – wie bislang nur Wilhelm II. und die bulgarischen Zaren – durch Winifred Wagner am Ehreningang des „Königsbaues“ empfangen¹¹³. Sein Auftritt übertraf im Medienecho die von Karl Elmendorff geleitete *Meistersinger*-Aufführung¹¹⁴. Dieser Auftritt war schon in seiner Choreographie eine Art „Bayreuther Krönungsmesse“ für Hitler. Von Seiten der Wagners war diese Inszenierung eine Loyalitätsbezeugung, die gleichzeitig auch eine Selbstaufwertung bedeutete.

¹⁰⁹ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 256.

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 259.

¹¹¹ Vgl. ebenda, S. 252.

¹¹² Winifred Wagner, in: Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 151–157.

¹¹³ Winifred Wagner erinnert sich daran, dass sich höhere Chargen der SA über die intime Begrüßung mit Handkuss ereifert hätten, in: Ebenda, Min. 156.

¹¹⁴ Vgl. Hans Rudolf Veget, Wehvolles Erbe. Zur Metapolitik der *Meistersinger von Nürnberg*, in: Eckehard Kiem/Ludwig Holtmeier (Hrsg.), Richard Wagner und seine Zeit, Laaber 2003, S. 271–290.

Sie war aber auch ein Entgegenkommen für das finanzielle Engagement des Reichskanzlers.

Erst die Anwesenheit Hitlers machte die Bayreuther Festspiele zum Aushängeschild des „Dritten Reiches“ und besiegelte deren Sonderstatus. Im Gefolge Adolf Hitlers sahen sich auch andere führende Nationalsozialisten wie Ludwig Siebert und Hans Schemm, Hjalmar Schacht, Hermann Göring und Joseph Goebbels zu einem Festspielbesuch veranlasst. Die Festspiele gewannen auf diese Weise den Charakter eines Staatsaktes. Die Protektion durch Hitler zog aber nicht die einhellige Unterstützung durch die NSDAP-Führung nach sich. Kurz nach Beendigung der Festspiele erschien im von Alfred Rosenberg herausgegebenen *Völkischen Beobachter* ein reißerischer Artikel über „Schatullengeheimnisse Wahnfrieds“¹¹⁵. Mehr als sechs Millionen RM habe die Familie allein bis 1913 durch Tantiemen verdient, nun prüfe das bayerische Finanzministerium die Steuerbelege. Anscheinend sollte die Familie Wagner als raffgierig dargestellt und in Misskredit gebracht werden – der Mythos vom „Opfergang“ der Familie wurde massiv in Frage gestellt, sie wurde sogar kriminalisiert und moralisch ins Zwielficht gerückt.

Derlei Angriffe blieben allerdings ohne konkrete Auswirkungen, weil sämtliche Weichen von Adolf Hitler gestellt wurden und er sich letztlich durchsetzte. Auch Winifred Wagner behielt – wie die Richard-Wagner-Festspiele als Kulturinstitution innerhalb des NS-Musiklebens – ihren heiklen Sonderstatus, solange sich Hitler aus Kalkül, Sentimentalität oder Begeisterung für die Festspiele einsetzte. Solange er die Festspiele und mit ihnen die Familie Wagner protegierte, funktionierten sie.

VIII. Vorbereitungen für die Festspiele 1934: Schritte zur Verstaatlichung

Der Prozess der „Gleichschaltung“ der Festspiele endete nicht mit der letzten Vorstellung. „Gleichschaltung“ bezeichnet keinen rasch abgeschlossenen Vorgang, sondern einen fragilen Zustand, der ständigen Veränderungen unterworfen war. Der Anspruch, die Organisation nun in die Hand zu nehmen, hatte keine tragfähigen Strukturen geschaffen, vielmehr blieben die entscheidenden Fragen offen: Würde es im kommenden Jahr Festspiele geben, wer würde sie finanzieren, welche Künstler dürften mitwirken und wie verhielten sich Reich, Partei und Hitler weiterhin zu den Festspielen? Im Oktober 1933 übernahm zunächst das Propagandaministerium die Werbung für die Festspiele 1934¹¹⁶, was für die Familie eine finanzielle Entlastung bedeutete, aber auch einen Preis

¹¹⁵ Völkischer Beobachter vom 26. 8. 1933. Während der Festspielzeit war allerdings kein Funke Kritik in der Berichterstattung zu spüren, weil Goebbels dafür sorgte, „dass die Zeitungen, vor allem der Völkische Beobachter, Hitler als Bayreuths Retter priesen“, in: Hamann, Winifred Wagner, S. 257. Vgl. z. B. den Völkischen Beobachter vom 25. 7. 1933.

¹¹⁶ BayHStA, StK, 07501, Propagandaministerium an Kultusministerium vom 10. 10. 1933. Am 27. 10. 1933 informierte das Propagandaministerium die bayerische Staatskanzlei von den gebündelten Werbeanstrengungen der Reichsbahn.

hatte: nämlich den Verlust der Alleinzuständigkeit bei der Außendarstellung. Obwohl die Unterstützung der Festspiele durch das Reich auch für 1934 nicht prinzipiell in Frage gestellt wurde, blieb doch lange offen, wie die verschiedenen staatlichen Stellen mit den Festspielen in Zukunft verfahren würden. Winifred Wagners persönliches Verhältnis zu Hitler hatte sich zwar im Sommer 1933 gebessert, dies blieb aber ohne Auswirkungen auf die konkreten Planungen der kommenden Festspielsaison. Insbesondere die Finanzierung der Neuinszenierung des *Parsifal* war ungesichert. Winifred Wagner verstand es aber immerhin, die Bayreuther Festspiele den Gleichschaltungsinstrumenten „Kampfbund für Deutsche Kultur“, Reichskultur- und Reichsmusikkammer zu entziehen¹¹⁷. Auch gegen die Aufnahme in die Reichstheaterkammer setzte sie sich zur Wehr, indem sie Hitler persönlich einschaltete¹¹⁸.

Als Hitler im Januar 1934 erneut Anfragen ignorierte und bis dahin lediglich 2.500 Festspielkarten vorbestellt worden waren¹¹⁹, schien sich die bedrohliche Lage vom Frühjahr 1933 zu wiederholen. Die Festspiele standen finanziell erneut vor dem Aus. Außerdem musste Winifred Wagner hinnehmen, dass Hitler ihr keinen Freibrief mehr für das Engagement jüdischer Künstler gab¹²⁰. Selbst im Mai war man sich im Propagandaministerium „über die Handhabe der Festspiele noch nicht klar.“¹²¹ Erst am 11. Juni 1934 teilte das Münchner Kultusministerium den Kultusministern der anderen Länder mit, es werde dieses Jahr keine Karten vergeben, da 1934 alle „vom Reich gestiftet“ würden¹²². Auch für die kommenden Jahre, so kündigte Hitler an, könnten die Wagners mit einer Übernahme des Defizits rechnen¹²³. Das Propagandaministerium kaufte mehr als 11.300 Karten für 326.000 RM. Zusätzlich wurde eine Pauschale von fast 40.000 RM gezahlt sowie 95.000 RM für Übertragungsrechte des Rundfunks. Im Gegensatz zu 1933 bedeutete das einen erheblichen Gewinn, über den keinerlei Rechenschaft abgelegt werden musste¹²⁴.

Nach der Zentralisierung der Freikartenvergabe wurden Parteifunktionäre sowie Mitarbeiter von Zeitungen und Rundfunk als Gruppen genannt, die bevor-

¹¹⁷ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 245, sowie Schertz-Parey, Winifred Wagner, S. 101 f.

¹¹⁸ Vgl. ausführlich Hamann, Winifred Wagner, S. 261 f.

¹¹⁹ Vgl. ebenda S. 272, und Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII-7 und 8. Auch das bayerische Wirtschaftsministerium zeigte sich skeptisch und fragte sich, wie man inländische Festspielbesucher wohl zum Festspielbesuch animieren könne, denn „[a]uf diese wird die Bayreuther Festspielleitung in diesem Jahr wohl angewiesen sein, nachdem die derzeitigen [!] politischen Verhältnisse und der ausländische Währungsverfall Besucher vielfach abhalten werden“, in: BayHStA, StK, 7501, Wirtschaftsministerium an Kultusministerium vom 9. 3. 1934. Vgl. die Kartenstatistik S. 245. Bis zum 1. 1. 1933 waren bereits 5.800 Karten verkauft worden.

¹²⁰ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 273. Wie es im Detail zu diesem „Verbot“ kam und ob es durch Hitler persönlich ausgesprochen wurde, ist unklar.

¹²¹ BayHStA, StK, 50450, Kultusministerium an einen um Karten nachsuchenden Bürger vom 28. 5. 1934.

¹²² Ebenda. Vgl. auch Hamann, Winifred Wagner, S. 281: Am 6. 7. 1934 sagte das Propagandaministerium zu, in Hitlers Auftrag „alle bis zum 10. Juli unverkauften Karten zu übernehmen“.

¹²³ Vgl. Interview in der Leipziger Tageszeitung vom 20. 7. 1934, S. 4.

¹²⁴ Vgl. Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII 19.

zugt behandelt werden sollten. Nicht einmal die Münchner Professoren Artur Kutscher und Emil Preetorius erhielten Freikarten für ihre Studenten. Selbst die Tradition des kostenlosen Zugangs für begabte Musikstudenten wurde also der Berliner „Gleichschaltung“ geopfert¹²⁵. Ministerpräsident Siebert musste sogar in späteren Festspieljahren bei Hitlers Adjutant Julius Schaub um Karten nachsuchen¹²⁶. Er stimmte dann seinen Festspielbesuch stets mit demjenigen des „Führers“ ab¹²⁷.

Kurz vor den Generalproben war die Lage noch dramatischer als 1933, weil weniger als die Hälfte der Karten verkauft waren. Erst zwei Wochen vor den Festspielen kam dann die Zusage aus Berlin, das Reich werde sämtliche unverkauften Karten übernehmen¹²⁸. Ab 1939 sorgte die KdF-Organisation für einen vollkommen monopolisierten Zugang zu den Festspielen¹²⁹, die bereits seit 1933 in zunehmendem Maße in das nationalsozialistische Korsett eingepasst wurden.

IX. Spielraum im Ausnahmezustand: Versuche der Wagners, den Konkurrenten Münchner Festspiele auszuschalten

Die Bayreuther Festspiele büßten gerade 1934 einen Großteil ihrer Unabhängigkeit in Organisationsfragen ein. Sie waren zu einem Symbol nationalsozialistischer Kulturpolitik geworden. Winifred Wagner hatte zahlreiche Kompromisse eingehen müssen, war aber trotz der labilen Lage der Festspiele und der Kontroversen um ihre Person vor allem in materieller Hinsicht Nutznießerin des nationalsozialistischen Herrschaftssystems; man führe sich beispielsweise nur ihre umfangreichen Immobilienerwerbungen jener Jahre vor Augen¹³⁰.

¹²⁵ BayHStA, StK, 7501, Kutscher und Preetorius an das Kultusministerium vom 12. 2. u. 14. 3. 1934.

¹²⁶ BayHStA, StK, 7506. In der Akte befindet sich die Korrespondenz zwischen Siebert und Schaub für die Jahre 1937–1939. Siebert wohnte während der Festspiele als Gast des Bayreuther Industriellen Adolf Bayerlein auf Schloss Thiergarten, der zur Festspielzeit rauschende Feste gab.

¹²⁷ „Der Führer hat in einem Gespräch gestern wieder so von seinem Bayreuth geschwärmt, dass man sich die Freude nicht versagen kann, wenn nur irgend möglich hinzufahren.“ (BayHStA, StK, 7507, Siebert an Bayerlein vom 12. 7. 1938).

¹²⁸ Vgl. Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XIII-10 bis -12. Die finanziellen Verhältnisse der Festspiele seien nur „dank der Stellungnahme des Führers zu meistern gewesen“, so in: BayHStA, StK, 7501, Siebert an Schemm vom 11. 10. 1934.

¹²⁹ Wolfhart Buchholz, Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“: Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich, München 1976, erwähnt die Festspiele mehrfach (S. 269, S. 276, S. 319 u. S. 339–342). Im Jahr 1938 hätten 3.000 Personen über die DAF verbilligte Karten erhalten. Nach 1939 verfügte die KdF-Organisation über 18.000 der rund 20.000 Festspielkarten; Unterkunft und Verpflegung seien kostenlos gewesen.

¹³⁰ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 271 u. S. 357. So plante sie den Erwerb einer Haushälfte in Berlin und kaufte das Ferienhaus in Oberwarmersteinach im Fichtelgebirge unweit Bayreuths für 25.000 RM. Im April 1938 leitete die Zollfahndung ein Strafverfahren wegen „Devisenverschiebung ins Ausland“ ein. In die Schweiz transferierte Gelder in bis heute unbekannter Höhe wurden dann im Reich versteuert. Die Existenz weiterer Auslandsvermögen und der Verbleib der Gelder der „Tannhäuser-Spende“ ist bislang ungeklärt. Vgl. ebenda, S. 358 f.

Im Jahr 1933 boten sich neue Möglichkeiten der finanziellen Absicherung: Nicht erst seit dem Verfall der Tantiemenrechte 1913 wurde das Bühnenweihspiel *Parsifal* weltweit aufgeführt. 1933 stand die Frage eines Ausnahmegesetzes, einer *lex Parsifal*, wieder zur Debatte. Laut Winifred Wagner habe Hitler hierzu die Initiative ergriffen, sie habe ihn aber von diesem Vorhaben abgebracht, da man Aufführungen im Ausland ohnehin nicht verhindern könne¹³¹. Andere Dokumente legen den Schluss nahe, dass Winifred Wagner nicht ganz uninteressiert an einer Monopolisierung des *Parsifal* für Bayreuth war¹³².

Dass sie auch versuchte, die lästige Konkurrenz der auf Wagner spezialisierten Münchner Festspiele im Prinzregententheater auszuschalten, ist bislang weitgehend unbekannt. Dieses Anliegen war schon in einer der ersten Münchner Besprechungen am 3. Juli 1933 zur Sprache gebracht worden¹³³. Nach Beendigung der Festspiele des Jahres 1934 erwähnte Ludwig Siebert in einem Schreiben an Hans Schemm, Winifred Wagner habe angeregt, in München zumindest nicht die gleichen Werke Wagners zur Aufführung zu bringen, die auch in Bayreuth inszeniert würden¹³⁴. Er schloss mit dem Appell, „[i]ch möchte fast glauben, daß man der Bitte entsprechen könnte“. Das bayerische Kultusministerium sowie die Münchner Staatsoper meinten allerdings¹³⁵, dass eine zu Bayreuth-freundliche Regelung für die „Hauptstadt der Bewegung“ nicht zu verantworten sei. Schemm hatte auch den Münchner Oberbürgermeister Karl Fiehler informiert, der die Debatte unter Berufung „auf die Worte des Führers“ zugunsten Münchens beendete¹³⁶. Obwohl er nicht ausführte, wann und wo Adolf Hitler ein solches Votum für München abgegeben hatte und wie es lautete, blieb dieses vermeintliche Gebot Hitlers von allen Seiten unwidersprochen. Weder die Staatskanzlei noch das Kultusministerium verfolgten die Angelegenheit weiter.

Winifred Wagner musste sich also damit abfinden, dass die Münchner Festspiele 1935 pompös eröffnet wurden, während auf dem Grünen Hügel zum letzten Mal ein reguläres Pausenjahr eingelegt wurde, um sich mit ganzer Kraft auf die mit den Olympischen Spielen gekoppelten Festspiele von 1936 konzentrieren zu können. 1936 setzte sich Winifred Wagner allerdings mit einer Abstimmung der Programme der beiden Festspiele zugunsten Bayreuths durch. Die Münchner spielten keine Wagneroper, die auch in Bayreuth inszeniert wurden, um jegli-

¹³¹ Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 286. Hier stützt sich Hamann auf Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 92: „Sollte ich jemals einen Einfluss haben, werde ich dafür sorgen, dass der Parsifal nach Bayreuth gegeben wird“, habe Hitler bereits bei seinem ersten Besuch 1923 geäußert.

¹³² Obwohl Hamann ihr 9. Kapitel mit „Wirren um Parsifal“ überschreibt, geht sie doch auf diese Forderung nur indirekt ein. Vgl. Hamann, Winifred Wagner, S. 272 u. S. 286; Karbaum, Studien, Teil I, S. 87.

¹³³ BayHStA, StK, 7501, Protokoll der Sitzung vom 3. 7. 1933, S. 4.

¹³⁴ BayHStA, MK, 50450, Siebert an Schemm vom 11. 10. 1934; ebenda, StK, 7501, Wagner an Siebert vom 24. 9. 1934.

¹³⁵ BayHStA, MK, 50450, Gutachten des Staatstheaters vom 5. 11. 1934, das auch dem Ministerium als Legitimationshilfe diene.

¹³⁶ BayHStA, MK, 50449, Karl Fiehler an Hans Schemm vom 4. 12. 1934.

che Konkurrenz zu vermeiden. Für sie war damit eine alte Rechnung beglichen worden¹³⁷.

X. Die Diktatur als Katalysator ästhetischer Modernisierung

Die Indienstnahme der Festspiele durch das NS-Regime schuf für die Wagners attraktive Möglichkeiten. Diese waren die Gegenseite des „Geschäfts“: Finanzielle Absicherung durch einen staatlichen Kartenvertrieb sowie Exklusivitätsrechte, wie das Münchner Beispiel verdeutlicht.

Für Teile des Traditionspublikums waren die Festspiele des Jahres 1933 ein Skandal – und zwar aus Gründen der Bühnenästhetik und nicht nur wegen der geschilderten sozialen Begleitumstände. Das zeigte sich in Beschwerdebriefen an das bayerische Kultusministerium: Daniela Thode, Hans von Bülow, Richard Strauss, der Bayreuther Oberbürgermeister Karl Schlumprecht und andere beschwerten sich beispielsweise über die „skandalösen“ Bühnenbilder und forderten die Verwendung der traditionellen Szenen aus dem Jahr 1882. Sie sperrten sich explizit gegen jegliche Modernisierung¹³⁸. Auch der einflussreiche „Akademische Richard-Wagner-Verein“ in Wien war verstimmt; er übersandte dem bayerischen Kultusministerium die Kopie eines offenen Briefes an Hitler und beklagte „Eigenmächtigkeiten und Modernismen“¹³⁹. Da die Nationalsozialisten die wirtschaftliche Existenz der Festspiele 1933 garantiert hatten, lag die Vermutung nahe, dass sie ihren Einfluss auch in Fragen der Festspielästhetik geltend gemacht hatten.

Dass die Festspiele 1933 mit neuen Kostümen und Bühnenbildern stattfanden, war ein wesentlicher Bestandteil der Planungen vor Hitlers Machtergreifung gewesen¹⁴⁰. Kurt Palm und Emil Preetorius standen für die Weiterentwicklung der Bühnenästhetik, und Heinz Tietjen versuchte, neue Wege in der Regie zu beschreiten. Hitler billigte diese Entwicklung¹⁴¹ und ließ Winifred Wagner und Heinz Tietjen gewähren, die eine Abkehr vom Ausstattungsrealismus zugunsten von mehr Abstraktion und mythischer Suggestivität anstrebten. In ästhetischer Hinsicht konnte sich Winifred Wagner also beträchtliche Spielräume erhalten.

Mit der Gralsoper *Parsifal*, die den Alt-Wagnerianern als unantastbar galt, kam es 1934 zur ersten echten Neuinszenierung einer Oper in Bayreuth während des

¹³⁷ Im Olympia-Jahr 1936 einigten sich Kultusministerium, Staatskanzlei, Bürgermeister und Festspielleitung auf eine Koordination der Wagner-Aufführungen (BayHStA, MK, 50449, Ludwig Siebert an Winifred Wagner vom 5. 7. 1935).

¹³⁸ BayHStA, MK, 50449, Petenten an Kultusministerium vom 2. 9. 1933, abgedruckt bei Karbaum, Studien, Teil II, Dok. XVII-1 bis -5.

¹³⁹ BayHStA, MK, 50450, Akademischer Richard-Wagner-Verein an Kultusministerium vom 7. 12. 1933.

¹⁴⁰ Die These Hamanns, Winifred Wagner, S. 250, erst Hitlers finanzielle Zuschüsse hätten „eine solch spektakuläre Inszenierung“ möglich gemacht, lässt sich nicht stützen, weil diese ja erst wenige Tage vor Festpieleröffnung eintrafen.

¹⁴¹ Vgl. ebenda, S. 255. Auch gegenüber Hans-Jürgen Syberberg betonte Winifred Wagner, Hitler habe vollkommen hinter der künstlerischen Neuaufrichtung gestanden. Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 70 u. 77.

„Dritten Reiches“. Die Festspielleiterin hatte sich vorab der Zustimmung Hitlers versichert und führte diesen „Freibrief“ gegenüber der kritischen Schwägerin Daniela Thode und den ebenfalls kritisch eingestellten Wagner-Organisationen ins Feld¹⁴². Die verlangten nämlich, die Dekorationen des Jahres 1882 noch ein weiteres Mal zu verwenden. Hitler habe laut Winifred Wagner in der Reichskanzlei getobt, es sei ein „Wahnsinn“, den *Parsifal* mit den alten Dekorationen auf die Bühne zu bringen. Würde Wagner noch gelebt haben, hätte er dieses Beharren niemals akzeptiert – „neu inszenieren!“¹⁴³

Noch heute ist strittig, ob und wie stark sich Hitler in Fragen der Festspielinszenierung eingemischt hat. Winifred Wagner widersprach sich in dieser Frage. Mal verneinte sie jegliche Einflussnahme. In einem Filminterview schilderte sie jedoch auch, dass Hitler „kleinlaut mit einer Frage, einer Bitte, einem Wunsch“ zu ihr gekommen sei – nämlich: „Könntet ihr nicht Alfred Roller mit der Inszenierung [des *Parsifal*] betreuen?“¹⁴⁴ Winifred Wagner schlug diesen Wunsch nicht ab, und auch Heinz Tietjen sei von dieser Idee „begeistert“ gewesen.

Bereits nach kurzer Zeit erwies sich jedoch, dass Roller, den Hitler schon seit Wiener Zeiten sehr schätzte, aufgrund seiner Alkoholabhängigkeit den Anforderungen nur bedingt gerecht wurde¹⁴⁵. Winifred Wagner und Heinz Tietjen hatten große Bedenken, einen anderen die Arbeiten fortführen zu lassen: „Wir fragten uns: Wie wird sich wohl Hitler verhalten, der Roller über alles verehrte. Er hat unseren Standpunkt dann geteilt. Er hatte nichts dagegen, dass wir einen neuen bestimmten. Das war dann Wieland.“¹⁴⁶. Dies war nicht der einzige Versuch Hitlers, über die Auswahl von Künstlern die Bühnenästhetik nach seinem Geschmack zu formen. Albert Speer schilderte beispielsweise, wie Hitler Benno von Arent als Bühnenbildner ins Gespräch zu bringen versuchte, er den Widerstand Winifred Wagners jedoch letztlich akzeptierte¹⁴⁷.

Mit Hitlers Zustimmung konnte das Gespann Winifred Wagner und Heinz Tietjen einen ästhetischen Paradigmenwechsel vorantreiben, der sich bereits 1930 und 1931 angedeutet hatte¹⁴⁸. Der Nationalsozialismus beschleunigte diese Ent-

¹⁴² Hamann, Winifred Wagner, S. 271: „Hitler will eventuell, wenn nötig selbst das Wort zu der Angelegenheit ergreifen. – Jedenfalls bin ich bei ihm fein gedeckt!“

¹⁴³ Winifred Wagner gibt diesen Wortlaut im Interview mit Hans-Jürgen Syberberg wieder. Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 77.

¹⁴⁴ Auf die Frage von Syberberg, ob mit Hitler ein neuer Wagner-Stil nach Bayreuth gekommen sei: „Ach ne, ne. Er hat sich ja in nichts gemischt hier.“ (Ebenda, Min. 78). Kurz vorher hatte sie die Episode mit dem Engagement Rollers geschildert, das sie nicht als Einnischung wertete.

¹⁴⁵ Winifred Wagner weiter im Film: „Wir waren durchaus nicht zufrieden. Der Tempel ging noch, der See bestand aus einer Überhäufung von Plastikblumen.“ (Ebenda, Min. 80).

¹⁴⁶ Ebenda, Min. 81.

¹⁴⁷ Vgl. Albert Speer, Spandauer Tagebücher. Mit einem Vorwort von Joachim Fest, Berlin 1980, S. 154 f. Auch die Eröffnung der Festspiele 1936 mit Lohengrin, der seit 1909 nicht mehr auf dem Programm gestanden hatte, wird auf Hitlers persönliche Verehrung dieses Stücks seit seiner Linzer Zeit zurückgeführt. Vgl. Hans Rudolf Veget, Seelenzauber. Thomas Mann und die Musik, Frankfurt a. M. 2006, S. 270.

¹⁴⁸ Winifred Wagner: „Ab 1933 haben wir Bayreuth umgestellt“ und meinte hiermit wohl vorrangig die Bühnenästhetik. Vgl. Syberberg, Geschichte des Hauses Wahnfried, 1 Kassette, Min. 69.

wicklung und sorgte für die Modernisierung des neoromantischen Opernwerks Richards Wagners. Allerdings erstarrten die Bemühungen um Neuansätze bereits Ende der dreißiger Jahre und führten zu einer ästhetischen Krise während der sogenannten Kriegsfestspiele. Nach 1939 kamen keine Inszenierungen mehr zur Aufführung, die Emil Preetorius mitverantwortet hatte. Die Zerstörung der Berliner Staatsoper erschwerte den von Heinz Tietjen parallel organisierten Betrieb. Schließlich wurde das programmatische Kernstück der Festspiele, die dreimalige Aufführung des kompletten *Ring*-Zyklus, aufgegeben. Die *Meistersinger*-Inszenierung von 1943, die von Wieland Wagner mitverantwortet wurde, gilt als bieder und konservativ.

Den nunmehr staatlich garantierten Festspielen fehlte während der Kriegsfestspiele jeglicher öffentlicher Widerspruch. Jede Diskussion um Bayreuth wurde im Keim erstickt, die rundherum abgesicherten Festspiele gerieten künstlerisch in eine Sackgasse. In Hinblick auf die Festspielästhetik postulierte Heinz Tietjen noch im Jahr 1966 selbstgewiss, „ein Hitler-Bayreuth hat es nie gegeben“¹⁴⁹.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Richard-Wagner-Festspiele der Jahre 1933 und 1934 waren geprägt von Existenzgefährdung, improvisierten staatlichen Maßnahmen, einem Schwebезustand, Kompetenzgerangel und letztgültigen Führer-Entscheidungen zugunsten der Festspiele und der Familie Wagner. Die „Machtübernahme“ durch die nationalsozialistische Regierung im Frühjahr 1933 führte die Festspiele in eine Periode der Unsicherheit, der Angst vor Verstaatlichung, die mit dem teilweisen Verlust der künstlerischen Unabhängigkeit einherging. Zugleich herrschte Aufbruchsstimmung, Euphorie und das Gefühl nationaler Erhebung, weil Winifred Wagner die Festspiele im Gegenzug zur finanziellen Absicherung für ein neues, von NSDAP-Stellen und Behörden ausgewähltes Publikum öffnete und weil Adolf Hitler die Festspiele als Repräsentationsobjekt und Forum nutzte. Die entscheidende Konsequenz staatlich gesteuerter Kartenpolitik war eine unmittelbare soziale Gleichschaltung, das heißt die Präsenz neuer Besuchergruppen, die das Gesicht der Festspiele bereits 1933 spürbar veränderten. 1934 wurde die Modernisierung der Ästhetik von Hitler beschleunigt, der die Personalpolitik mitbestimmte und den die Familie Wagner in Schlüsselfragen konsultierte. Hier stieß die künstlerische Unabhängigkeit eindeutig an ihre Grenzen.

Winifred Wagner kam den Interessen des Regimes und Hitlers entgegen und zahlte somit den Preis für die existentielle Absicherung im Gleichschaltungsprozess – jedoch weniger euphorisch und freiwillig als dies bislang bekannt war und auch als dies Michael Katers Verdikt, das Verhalten der Wagners sei „politische Prostitution“¹⁵⁰ gewesen, nahe legt. Vielmehr fürchtete Winifred Wagner den Verlust von Einflussmöglichkeiten und hatte Angst vor der Eigendynamik des

¹⁴⁹ Vgl. ein TV-Interview, zit. nach. Matthes, *Cosima bis Wieland*, S. 69.

¹⁵⁰ Vgl. Kater, *Mißbrauchte Muse*, S. 72, vs. Hamann, *Winifred Wagner*, S. 251.

Gleichschaltungsprozesses. Blieb der Familie Wagner überhaupt eine Wahl? Winifred Wagner hat dies zeit ihres Lebens verneint¹⁵¹.

Die Bemühungen der bayerischen Behörden im Frühjahr 1933 zeigen, dass es aller Gleichschaltungsbestrebungen zum Trotz noch Ansätze zur Aufrechterhaltung eines föderalen Bewusstseins gab, in dem die Festspiele ihre Kontur als internationale Elitenveranstaltung behalten sollten. Für die Entscheidungsträger in Berlin war aber nicht mehr die Funktion der Festspiele als internationale Kulturinstitution bürgerlicher Eliten ausschlaggebend, im Vordergrund standen die Interessen der Partei und die NS-Ideologie.

Die Bayreuther Festspiele werden in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute mit der nationalsozialistischen Kulturpolitik verbunden und bisweilen gleichgesetzt – ein Erbe, das sich nicht abschütteln lassen wird. Es muss vielmehr anhand sämtlicher Quellen, auch der bisher noch im Festspielhaus und anderem Familienbesitz zurückgehaltenen, erforscht werden¹⁵². Die Historisierung der Bayreuther Festspiele steht noch am Anfang – gerade für die Zeit des Nationalsozialismus.

¹⁵¹ „Eine angebotene finanzielle Unterstützung der Bayreuther Festspiele seitens Adolf Hitlers zurückzuweisen, wäre unverantwortlich gewesen, und wie jeder gerecht Urteilende zugeben muß, im Dritten Reich praktisch unmöglich gewesen.“ Denkschrift für die Spruchkammer, S. 23 f., zit. nach Hamann, Winifred Wagner, S. 251.

¹⁵² Hierbei handelt es sich um das umfangreiche Privatarchiv Wolfgang Wagners, bei dem die Hoffnung besteht, dass er es dem Nationalarchiv im Siegfried-Wagner-Haus stiften wird. Die Enkelin Winifred Wagners, Amélie Hohmann (geb. Lafferenz), verwahrt den Nachlass Siegfried Wagners und zahlreiche Schlüsseldokumente Winifred Wagners in München. Alle Versuche, diese Unterlagen in eine staatliche Institution zu überführen und der Forschung zugänglich zu machen, blieben bislang erfolglos.